

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:  
Prag, II., Havelskova nám. 32.

Telephone:  
Tagesredaktion: 6705.  
Nachtredaktion: 6797.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif  
billigst berechnet. Bei öfteren  
Einschaltungen Preisnachsch.

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährlich . . . . . 96.—  
jährlich . . . . . 192.—

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
lieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montags täglich früh.

4. Jahrgang.

Freitag, 4. Juli 1924.

Nr. 156.

## Herr, es will Abend werden!

Als die Führer der heutigen kommunistischen Partei noch der sozialdemokratischen Partei angehörten, war ihnen hier nichts demokratisch genug. Auch die Wahl der Delegierten zu Parteikonferenzen konnte ihnen auf nicht genug breiter Basis erfolgen. Die kommunistischen Arbeiter der Tschechoslowakei mögen sich jetzt fragen, ob sie es waren, welche die Herren Smeral und Kreibich durch demokratische Wahl nach Moskau geschickt haben, um sich von ihnen auf dem eben tagenden fünften „Weltkongress“ der Kommunistischen Internationale vertreten zu lassen. Genau wie Kreibich und Smeral den engsten Parteikonventionen oder der Berufung der Moskauer Zentrale ihre Mandate verbaufen, so ist dies auch bei den kommunistischen Vertretern aus den anderen Ländern der Fall. Manche Arbeiter sind den Doktrinen der Kommunisten gefolgt, weil sie glaubten, in der kommunistischen Partei würden die Gebote der inneren Parteidemokratie über alles geachtet werden. Was sich aber in Moskau zusammenfand, das sind die Vertreter der Alienen, welche in den einzelnen Ländern die Führung der Partei innehaben.

Dieser so zusammengesetzte „Weltkongress“ hat den kommunistischen Parteien Richtung und Taktik zu geben. Eigentlich auch nicht dieser, denn er hat in Wirklichkeit den Beschlüssen der paar Moskauer Oberbefehlshaber nur die formelle Genehmigung zu geben. Welche den Delegierten, wenn sie den Mut oder das Gewissen aufbrachten, diesen Geboten nicht willig zu folgen! Der oberste Kassendirektor Sinowjew würde den sowjetrussischen Geldstrom zum Versiegen bringen und ihnen damit die Kehle zuschnüren. Man lese die an anderer Stelle abgedruckte Resolution der Ruth Fischer, welche sie im Namen der politischen Kommission zu dem Bericht Sinowjews über die Tätigkeit und Taktik der Exekutive einbrachte. Kaum eine der kommunistischen Sektionen, die nicht eine Ohrfeige erhielt! Fast alle werden wie mizratene Schuljungen von einem gestrengen Herrn Lehrer abgekanzelt. Nahezu alle werden des Opportunismus, der Kurzsichtigkeit und der Abweichung von der ihnen diktierten Route schuldig befunden. Nur der Moskauer Exekutive — dem Kreibich, dem bekanntlich kein Spielesatz hoch genug ist — wird eine Belobigung und das Zeugnis der überpflücklichen Unfehlbarkeit ausgestellt. Was aber die richtigen Schuljungen von den Teilnehmern des Weltkongresses unterscheidet, das ist, daß die letzteren auch noch gezwungen sind, die empfangenen Ohrfeigen mit großen Beifallskundgebungen zu quittieren und die Tadelresolutionen mit allen äußeren Zeichen der Freude anzunehmen. Sie spotten ihrer selbst und wissen nicht viel! Daß sich die Kommunisten diese Zerteilung ihrer Partei in ein Pagoden- und in ein Vonzentum gefallen lassen, das ist natürlich ihre eigene Angelegenheit, über die man mit einem stillen Lächeln hinweggehen könnte; man könnte auch die ihnen angetragenen Weisungen als ihre eigene Sache ansehen, aber hier geht es doch um mehr als um die kommunistische Partei, hier geht es um die Arbeiterschaft selbst.

Die bereits besprochene Rede Sinowjews über Tätigkeit und Taktik, die Debatte, die sich daran knüpfte und die angenommene Resolution sind der Ausdruck der Mißstimmung, die in der kommunistischen Partei über ihre vernichteten Blühträume herrscht. Sie sind aber auch kennzeichnend für die kommunistische Verwirrung. Trotz gewisser Wahlerfolge in den einzelnen Ländern, wie Deutschland und der Tschechoslowakei, kann man sich in Moskau nicht der Tatsache verschließen, daß der Bolschewismus alles eher als „marschiert“. Und selbst in diesen zwei Ländern, wie sieht es da

## Künftig keine Sanktionen mehr.

Deutschland wird zur Londoner Konferenz geladen.

Paris, 3. Juli. (Havas.) Die Konferenz in London beginnt wahrscheinlich an dem festgesetzten Tage und wird ausschließlich die Durchführung des Expertenberichtes behandeln. Die Fragen der Sicherung und der interalliierten Schulden werden vollkommen ausgeschaltet sein. Die offiziellen englischen Kreise sind der Ansicht, daß die Konferenz ungefähr eine Woche dauern und Deutschland hierzu eingeladen wird, damit es an den Schlussverhandlungen und an der Unterzeichnung eines besonderen Protokollteilnehme, in dem sich alle beteiligten Länder ohne Vorbehalt zur Durchführung des Berichtes der Sachverständigen verpflichten. Die Konferenz wird auch für das

Reich eine Frist zur Durchführung des Expertenplanes bestimmen und den Alliierten eine Frist für die Beendigung der finanziellen und wirtschaftlichen Sanktionen bis zur vollständigen Ausführung des Expertenberichtes seitens Deutschlands eintäumen. Künftig werden die Alliierten keine Sanktionen anwenden, es sei denn, daß sich Deutschland eine ernste Nichterfüllung der Verpflichtungen zuschulden kommen läßt, die von einer neuen Organisationskonferenz festgesetzt wird, welche die Konferenz außer der Reparationskommission einsetzt. Alle Mächte verpflichten sich, eventuelle Streitigkeiten aus der Interpretation dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten.

## Belgien für die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Souveränität Deutschlands.

Brüssel, 3. Juli. (Havas.) Im Außen- auschuß der Kammer haben heute der Außen- minister und der Ministerpräsident über die außen- politische Lage gesprochen. Der Außenminister hat u. a. betont, daß der Expertenbericht ein unteilbares Ganzes bildet, das, um aus-

geführt zu werden, die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Souveränität Deutschlands voraussetzt. Die Wiederherstellung wird von den Experten als wesentliche Bedingung angesehen. Der Minister sprach dann über die künftige Konferenz in London.

mit den kommunistischen Erfolgen aus? Gerade die kommunistische Partei der Tschechoslowakei wurde unter allen Parteien am härtesten getadelt. Moskau läßt sich durch die gewonnenen Wählerstimmen nicht imponieren. Es weiß, daß dieser Stimmengewinn Flugand ist, auf dem der Bolschewismus keine Häuser bauen kann. Man weiß auch, daß diese Wähler nur aus politischen Stimmungen, nicht aber deshalb gewonnen wurden, weil sie nach der Anwendung des sowjetrussischen Experimentes in der Tschechoslowakei Verlangen tragen. Das Wachstum der tschechischen kommunistischen Partei ist einzig die Folge törichter Fehler und Methoden der Regierungsparteien und die Folge der Smeralschen opportunistischen Taktik. Auch in Deutschland wurden der Partei neue Wähler nicht durch politische Erkenntnisse gewonnen. Karl Radek hat dies in einer Rede auf dem 13. Parteitag der russischen kommunistischen Partei, der dem „Weltkongress“ unmittelbar voranging, bestätigt, indem er u. a. sagte, die eine Hälfte der deutschen Kommunisten sei arbeitslos, die andere sei früher nicht in der Arbeiterbewegung gestanden. Es waren also Arbeitslosigkeit, Mißvergnügen, politische Ungeschultheit, welche den Wahlerfolg der K. P. D. bewirkten. Jene aber, die heute deren Führer spielen, bezeichnete Radek als eine Gruppe, deren Mitglieder noch 1918 Artikel schrieben zu Ehren Kaiser Wilhelms und die noch 1919 nicht recht wußten, ob ihr Platz in der kommunistischen Partei oder in der Armeekorps sei. Das sind, wie gesagt, noch die erfolgreichsten der kommunistischen Parteien. Bei den anderen sieht es noch zehnmal trüblicher und verworrener aus!

bleibt noch die kommunistische Partei Rußlands, die fast als einzige von Sinowjew belobt wurde, weil ihre Richtlinien mit jenen der „Komintern“ zusammenfallen. Aber auch dort gab es noch vor kurzem vielen Grund zur Unzufriedenheit, denn heftige Streitigkeiten beherrschten das innere Leben der Partei. Allerdings gelang es auf dem letzten Parteitage, die Opposition kaltzustellen, was infolge der so beliebten „Säuberungsaktionen“ nicht schwer war. Daß dieser Sieg aber nur ein dekorativer Effekt war, darüber berichtet der russische Genosse B. Garwin ausreichend: „Die Opposition ist wohl

befiegt, aber die Krise ist geblieben. Die Krankheit der kommunistischen Partei ist nicht geheilt, sondern nur nach innen getrieben. Jene heftigen ökonomischen und sozialen Gegensätze, die in den letzten Jahren herangereift waren, bis sie vor einem halben Jahr plötzlich in der stürmischen Parteidiskussion zum Ausdruck gelangten, wirken trotz der gewaltigen im Lande wieder hergestellten Grabesstille weiter fort.“ Es bleibt eben Tatsache, daß es im Lande 1.300.000 Arbeitslose gibt und daß die nationalisierte Industrie, die jetzt nur einen Ertrag von 25 Prozent aufweist, vor dem Zusammenbruche steht, wenn nicht schleunigst ausländische Anleihen zu Hilfe kommen. Dabei wächst im Lande eine unruhige und verzweifelte Stimmung, die auch politischen Charakter annimmt. Unzufrieden ist alles: Arbeiterschaft, Bauernschaft, die Studenten und auch die Beamten. Zufrieden ist nur die Parteibürokratie in der kommunistischen Partei, von der Trozki selbst in einem Memorandum an das Zentralkomitee sagte, ihre diktatorische, von keinerlei Fähigkeiten beschwerte Art, sei eine Quelle der herrschenden Unzufriedenheit, die ein inneres Geschwür der Partei geworden sei.

Nach dem „Weltkongress“ wird man wieder viel über die wiedergewonnene Einigkeit und volle Harmonie zu lesen bekommen. Die von Moskau bezahlten Federn wissen, was ihre Pflicht ist. Dennoch geht es überall brunter und drüber. Die neue, ach so alte, von Sinowjew vorgezeichnete Taktik der revolutionären Butsche, der Vorbereitung der Weltrevolution, wird das Chaos und die Verwirrung nur noch steigern. Das geschwollene Pathos und die revolutionären Tiraden allein tun es nicht. Den Massen fehlt längst der innere Glaube an die Moskauer Heilslehre. Herr, es will Abend werden! Sinowjew mag durch seine Galvanisierungsversuche der Arbeiterbewegung noch manchen Schaden zufügen, die verschärfte Parole: Los auf die Sozialdemokratie! wird manchen Kampf innerhalb der Arbeiterschaft auslösen, aber der Tag wird dennoch kommen, da der Bolschewismus auch dem letzten Arbeiter nur als eine böse Verwirrung, als eine Entartung und Verfälschung des Sozialismus und des Klassenkampfes erscheinen wird.

## Der Reichsverband „deutschtöchtischer Lehrer“

hält am 4. Juli in Teplitz-Schönau seine Hauptversammlung ab. Anlässlich dieser Tagung veröffentlicht er in Nr. 149 des „Teplitz-Schönauer Anzeigers“ eine programmatische Erklärung, die das tatsächliche Verhalten der Führer in der völkischen Lehrerbewegung in so jesuitisch-unverschämter Weise zu verklären sucht, daß sie nicht unwiderrsporen bleiben darf; um so weniger, als dieser Auffass wie alle Presseprodukte von dieser Seite in seiner Gesamtheit nichts anderes ist, als ein Angriff auf die Sozialdemokratie und die sozialistisch denkenden Lehrer. Von den vielen Schlagworten dieses Artikels seien einige festgehalten und an der praktischen Verätigung jener geprüft, die sich hier stolz „die Besten des Standes“ nennen:

### I. „Wahrung der Freiheit der Schule.“

Die „Völkischen“ sind zwar vorsichtig genug, in der ganzen Spalte die Begriffe „Merikalismus“, „Kirchenmacht“, „Trennung von Schule und Kirche“ ängstlich zu vermeiden. Wenn man aber weiß, daß in der gründenden Versammlung des „Reichsverbandes deutschvölkischer Lehrer“ (1921) eine wortgewaltige Entschiedenheit für die Freiheitlichkeit der Schule noch einstimmig angenommen worden ist, so kann man doch vermuten, daß auch diesmal an das alte ideale Hochziel der Lehrerschaft gedacht wurde, für das ungezählte mutige, brave Lehrer Exil und Leben geopfert haben. Also verflünden die „Völkischen“ den Kampf gegen den Merikalismus??

Die praktische Anwendung bezugnehmende Tatsachen:

1. Der Obmann des Reichsverbandes „freihheitlicher“ völkischer Lehrer, Lehrer Karl Augustin, hat bei den Turner Gemeindevahlen 1923 mit den Christlichsozialen ein Wahlbündnis geschlossen und in einem öffentlichen Wahlprogramm die „sittlich-religiöse“ Erziehung der Kinder in der Schule verlangt.

2. Gelegentlich der Firmung in Moldau standen die „freihheitlich völkischen“ Oberlehrer Josef Selber und Alois Kippenhahn mit ehrfurchtsvoll gebeugtem Rücken in der Reihe der Honoratioren, die den Hw. Herrn Bischof demutsvoll begrüßten.

3. In mehreren Fällen haben „freihheitlich völkische“ Lehrer bei Veranstaltungen zugunsten der Kirchengeldentföndung unentgeltlich mitgewirkt, groß ist die Zahl jener, die noch subsidiären Religionsunterricht erteilen, den gehorsamen Orgelspieler abgeben — sich sogar an Bittprozessionen beteiligen. All das gemeinsam mit politischen Gekypfaffen, die von der Manzel herab den Lehrerstand wiederholt bejudeit haben!

4. Im Brüxer Bezirk hat es der „freihheitliche Lehrerverein“ (Zeitung und entscheidende Majorität sind immer „völkisch“) zugegeben, daß der neuingeführte Unterricht in der „Bürgerkunde“ den konfessionellen Religionslehre übertragen wurde!

5. Artikel des Fachlehrers Schäfer-Gablonz in Nr. 6 des 4. Jahrganges der „Freien deutschen Schule“, der unter einem Wortschwall von „deutschem Wesen“, „deutsche Seele“, „Gralslehre“ usw. deutlich genug das Heimverlangen zur konfessionellen Schule verrät; u. a. mit den Worten „Die deutsche Seele verlangt nach Glauben, darum lehren sie (die Internationalen von jüdischem Geiste!) die Religion des Unglaubens, die deutsche Mutter will ihren Kindern den deutschen Gott bewahren, sie reichen den Müttern die Kinder aus den Armen und reiben sie ein in ihre gottesleugnerischen, sozialistischen Hunderschaften... Die deutsche Seele schreit nach der Ewigkeit, sie machen die Welt zum Zummelpfad ihrer Boalsopfer... als Ersatz für ein „nichtsbedeutendes Jenseits“! Wenn Konfignote Feiertag der Stoff zu einer wirkungsvollen Festpredigt beim nächsten Katholikentag fehlen sollte, dann möge er sich eine Disposition bei dem freihheitlichen, völkischen Fachlehrer Schäfer in Gablonz holen.

Diese Aufzählung könnte man fortsetzen. Sie zeigt deutlich genug, daß im Munde der „völkischen“ Lehrer die „Freihheitlichkeit“ der Schule und des Standes eine hohle Phrase ist. In Wirklichkeit kämpfen sie direkt und indirekt durch die Parteien, denen sie angehören, solidarisch mit der schwarzen und der goldenen Internationale gegen die deutschen Arbeiter. Man hätte sonst gerade von ihnen eine auffschreiende Klage gegen den „Deutschen parla-



mentarischen Verband" vernehmen müssen, als dieser erklärte: „Der Vorstand hat festgestellt, daß gegenwärtig keine Veranlassung vorliegt, in die nähere Beratung der Frage Trennung von Kirche und Schule“ einzugehen. Aber sie schweigen still, die gehorsamen, „freibeitlichen“ Schölinge des reaktionären, „nationalen“, deutschen Bürgertums, von dem sie in ihrem Festartikel selbst — allerdings Aug zurückhaltend — zugeben, daß es „im alten Österreich“ vielfach es verfaßelt hatte, sich der Schule und der Lehrer anzunehmen, die Schule den ständigen Angriffen rücksichtslos nachschauen überließ und die Lehrerschaft durch die denkbare kärgste Entlohnung niederhielt.“ — Man ist beinahe versucht, die „böhmischen“ Lehrer für so naiv zu halten, daß sie nun vielleicht wirklich glauben, das deutsche Bürgertum werde im tschechoslowakischen Staate grundsätzlich eine andere Haltung gegenüber der Schule und den Lehrern einnehmen als im alten Österreich. Daß sie aber keineswegs Anlagen zu kindlicher Naivität besitzen, erfährt man, wenn man zwei andere Schlagworte aus ihrem Artikel auf seine praktische Erfüllung hin untersucht:

**II. Schutz und Hebung des Schulwesens;  
III. Förderung der wirtschaftlichen und staatsbürgerlichen Stellung des Lehrstandes.**

Hierzu ist es denn doch notwendig, ein wenig zu prüfen, wie führende Männer der deutschböhmisches Lehrerschaft im Nachbarreiche ihres Einflusses für Schulwesen und Stand einzuwirken gewohnt sind und wie sehr ihr Handeln von den angeblich auf ihren Schild geschriebenen Worten „Wahrheit, Recht, Ehre, Selbstlosigkeit, Ueberzeugungstreue — ohne Hinterhalt“ geleitet wird. Einige Beispiele:

1. Am Beginn des Schuljahres 1923/24 wurden von der Bezirkschulbehörde Teplitz 5 Klassen ohne gesetzliche Grundlage geschlossen. Wo waren die böhmischen Schulhüter? Sie schwiegen! Die bösen „internationalen“ Sozialdemokraten waren es, die sofort eine außerordentliche Sitzung verlangten und deren Entschiedenheit es erreichte, daß nach kurzer Zeit die Klassen wieder eröffnet werden mußten, und zwar mit Rechtskraft vom 1. September.

2. Einer der Vertrauensmänner der deutschböhmisches Lehrerschaft, Herr Hochlehrer Panzner, kämpft als Obmann der Hausbesitzerorganisation mit wütendem Eifer gegen das Mietergesetz, dessen Sturz zahllose Lehrerfamilien ins Elend werfen würde.

3. Gegen eine Lehrerin im Bezirke Teplitz lief eine entehrende Denunziation bei der Behörde ein. Zwei deutschböhmisches Lehrereführer nahmen als Vertreter der Lehrerschaft an der Sitzung teil, in der auch dieser Fall zur Sprache kam. Ihre selbstverständliche Pflicht wäre es doch gewesen, Mitglieder der Organisation zu schützen? Was tun sie? Ehe noch die Angelegenheit geklärt ist, verlangt der Reichsobmann der böhmischen Lehrer, Karl Augustin, sogar die Suspension vom Amte! Die strengste Strafe, die es geben konnte! Nicht Lehrer, Parteivertreter mußten die Lehrerin gegen die Lehrervertreter schützen. Die Lehrerin war völlig unschuldig — der Denunziant mußte seine Anzeige zurückziehen.

4. Eine junge Lehrerin „solte“ ihre Schulpflicht vernachlässigt haben. Amtliche Anzeigen lagen keine vor. Der Lehrervertreter in der Schulbehörde, wieder Herr Augustin, verlangte die Entlassung aus dem Dienste!, der liberale Parteimann mußte die Verfolgung schützen. Der böhmische Obmann der Organisation ging sogar soweit, private Erhebungen zu pflegen und die amtlichen Erhebungen zu desavouieren und sein Daß schwieg auch

dann noch nicht, als der Vorsitzende der „tschechoslowakischen“ Schulbehörde die Sache als erledigt betrachtete. Und warum diese Verfolgung? Weil das arme Mädel im Verdachte stand, eine Sozialdemokratin zu sein!! Und sie war es nicht einmal!

5. Nr. 4 des 2. Jahrganges der „Freien deutschen Schule“ (Organ der böhmischen Lehrer) schreibt:

„... Alle Berichte aus dem Bezirke waren darin einig, daß sich in allen Bezirken die deutschböhmisches Lehrer in der entschiedenen Mehrheit befinden. Leider geschieht es noch vereinzelt, daß diese daraus nicht immer die nötigen Folgerungen ziehen in bezug auf die Wahlen in ihre Vertretungskörper. Ein besonders trauriger Fall hat sich diesbezüglich im Bezirke Trautenau ereignet. Die zur Abwehr ähnlicher Vorkommnisse nötigen Schritte werden besprochen und ihre Durchführung eingeleitet.“

(Das heißt, alle sozialistisch gesinnten Lehrer müssen aus der Mitarbeit in der „unpolitischen“ Gewerkschaft des allgemeinen Lehrereines hingeworfen werden. Man nennt das „Reinigung“.)

6. In diesem Sinne stellt der Duxer „Tag“ (ein würdiges Blatt hierfür) in einer Märznummer 1924 mit Freude fest, daß sich unter den gewählten Vertrauensleuten im Teplitzer Bez.-Lehrer-Verein kein Sozialdemokrat mehr befindet, verschweigt aber, wie nach dem Wahlsprüche „Wahrheit, Recht und Ehre“ diese Wahlen durchgeführt wurden; wiederholt auch nicht, mit welcher vornehmen Argumenten die sozialistischen Lehrer von ihren „Amtsbrüdern“ niedergebrellt wurden, ehe noch die unangenehmen Wahrheiten gehört werden konnten. Doch die genaueste Illustrierung zu den „böhmischen“ Begriffen von „Wahrheit, Recht und Ehre“ bringt Nr. 5 der „Freien deutschen Schule“ in einem Artikel gegen die „roten“ Lehrer, der vor keiner Verdächtigung und Gemeinheit mehr zurückschreckt, die jesuitische Verschlagenheit der böhmischen Machinationen zur Gänge enthält und offen zeigt, warum es sich den deutschböhmisches Lehrern handelt: Vernichtungskampf gegen die sozialistisch denkenden Lehrer und Lehrerinnen; ihre Verdrängung aus der Mitarbeit in der Organisation, wo man sie fürchtet; ihre Zurücksetzung bei Stellenbesetzungen mit Hilfe der bürgerlich-nationalen Mehrheiten in den Schulausschüssen.

Sie ahnen aber nicht, daß sie sich neben die Masse des Volkes stellen, daß der von ihnen eingeschlagene Weg sie vom Volke wegführt. Denn die Arbeiter sind und bleiben sozialistisch. Bergelich alle Versuche, ihnen die Kinder zu entreißen. In Wien waren jahrzehntelang die meisten Lehrer Christlichsoziale. Die Arbeiterschaft wurde doch immer mehr und mehr sozialistisch — und schließlich fand doch auch der Großteil der Lehrerschaft, seine Klassenverbundenheit mit den Handarbeitern erkennend, den Weg zu ihnen. — So lang aber das nicht geschieht, so lang die Arbeiter in den meisten deutschen Lehrern nicht nur Gegner ihrer Ideale, sondern vielfach auch Geringachser und Mißgäter des Proletariats, Feinde der Arbeiterbewegung sehen müssen, — so lang kann es keine enge Verbindung, kein geistliches Zusammenarbeiten von Schule und Elternschaft geben, denn zwischen ihnen ist die Klüft des Mißtrauens.

Vielleicht denken auch darüber einmal die „böhmischen“ Lehrer nach!

Wellwog.

**Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.**

**Arbeitsfikung im Genate.**

Prog. 3. Juli. In zeitlicherer Stunde als sonst, um 9 Uhr früh, begann die heutige Senats-sitzung, deren Tagesordnung nicht weniger als drei Druckseiten umfaßte. Eine ganze Reihe kleinerer Gesetzesvorlagen, die zum Teile nur von lokaler Bedeutung sind, wurde debattelos erledigt.

Einen

**heiteren Zwischenfall**

gab es bei der Beratung der Gesetze über die Auszahlung der Teuerungsaushilfen an die slowakischen und karpathorussischen Lehrerpensionisten. Der slowakisch-slowakische Senator Wallo verbeidigte in lauter und manchmal geradezu kreischender Weise die konfessionellen Schulen. Er erzürnte sich so sehr über die „Ershütterung der Grundlagen göttlicher Gesetze, daß er mit den tschechischen sozialistischen Parteien in einen aufgeregten Disput gelangte. Vizepräsident Kloss erhob sich und lautete dem Redner geradezu in die Ohren, so daß dieser bald seine Ausführungen am Rednerpult beendete, aber nur, um sie von der Ministerbank fortzusetzen. Wallo sprach noch lange, als schon der tschechische Sozialdemokrat Babla zu einer Erwiderung das Wort ergriffen hatte, um mit der slowakisch-merikalen Demagogie energisch abzurechnen. Er tat dies unter demonstrativem Beifall der tschechischen Genossen.

Zum Gesetze über die

**Bergbauschiedsgerichte**

führte Genosse Jarolim aus, daß das bisher in Geltung stehende Gesetz über die Bergbauschiedsgerichte tatsächlich lückenhaft ist, daß es seinen Zweck nicht erfüllen konnte. Er schildert eingehend die Mängel des Gesetzes vom 25. Jänner 1920, verweist auf die Unhaltbarkeit der einzelnen Bestimmungen, durch welche die Bergbauarbeiter bisher schwer geschädigt wurden, zumal die Kompetenz der Bergbauschiedsgerichte nicht enger umschrieben war. Allen diesen Mängeln soll nunmehr durch die in Verhandlung stehende Vorlage abgeholfen werden. Besonders wäre hervorzuheben, daß nunmehr die Arbeiter berechtigt sein sollen, ihre Beschwerden unmittelbar beim Schiedsgerichte einzubringen, falls der Betriebsrat binnen 14 Tagen in dem Streit-falle nicht entscheidet. Wichtig ist auch die Bestimmung, daß dem Bergbauschiedsgerichte die Entscheidung über Beschwerden wegen Aufre-gung von Disziplinarstrafen zusteht. Wir sind zwar mit dem vorliegenden Gesetze nicht ganz einverstanden, werden aber doch für dessen Stimmten. Wir stellen nur fest, daß es nicht einzusehen ist, wie die Bergarbeiter dazu kommen, die Kosten der staatlichen Rechtspflege zu bezahlen. Ferner ist in manchen Bezirken der geographische Wirkungskreis der einzelnen Schiedsgerichte viel zu groß. Schließlich sei bemerkt, daß auch das Gesetz über die Betriebs- und Revierräte sehr reformbedürftig ist. (Beif.)

**Minister Fabrman über die Arbeitslosen.**

Das Wort ergriß im weiteren Verlaufe der Sitzung Minister Fabrman zu einer Erklärung über die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung. Er sagte: Die Höhe der Arbeitslosenunterstützung ändert sich nach oben und unten je nach dem Geldwerte, der Lohnhöhe und der Be-

bensmittelpreise. Sie wurde im Jahre 1923 neu geregelt. In letzter Zeit, wo die zunehmende Produktion und das ständige Sinken der Arbeitslosigkeit zu der Hoffnung berechtigt, daß die Produktion, Arbeit und Arbeitslosigkeit bei uns sich den normalen Verhältnissen bereits nähern und daß der Augenblick gekommen ist, wo zur Inkraftsetzung des Gesetzes über das Center System wird geschritten werden können, hat die Regierung durch Erlass vom 22. Mai 1924 den beteiligten Ministerien eine Regelung der Arbeitslosenunterstützung vorgefchlagen.

Der Antrag der Genossen Sedek und Dr. Scller, über die Ministererklärung die Debatte zu eröffnen, wurde abgelehnt.

Das Haus behandelte dann das Gesetz über die

**Verfolgung der Bestechungen.**

In der Debatte sprachen der Deutschnational Friedrich, der meinte, daß das Gesetz an der Bestechlichkeit nicht viel ändern werde, der Deutschdemokrat Dr. Spiegel, der ebenfalls glaubte, daß das Gesetz nicht viel helfen wird, und zwei tschechische Redner.

**Genosse Polach**

führte u. a. aus: Das vorliegende Gesetz wird natürlich unsere Zustimmung finden, weil wir natürlich unsere Augen nicht verschließen können vor den Erscheinungen, die sich in der jungen tschechoslowakischen Republik in einer so bedeutlichen Weise gezeigt haben und die seit Wochen in einer ausgiebigen Weise die Berichte beschäftigen. Aber die Gefahr, das Interesse des Staates für Geld preiszugeben zum Schaden der Öffentlichkeit, ist viel tiefer begründet, als daß sie durch gesetzliche Maßnahmen von einer solchen Art, wie es das gegenwärtige Gesetz ist, beseitigt werden könnte. Schon der römische Dichter Ovid sprach von der „Auri facta famos“, von dem

**verfluchten Hefhunger nach Gold,**

der die Menschen zu Verbrechen treibe. Aber dieses leidenschaftliche Verlangen nach Geld, das ja den Schlüssel zu ihren Vergnügungen ist, ist in der gegenwärtig bestehenden Gesellschaftsordnung, in der Kapitalistischen Gesellschaftsordnung, eine so starke Triebkraft alles Geschehens, daß es mit Wandlungen, Abschwächungen und Steigerungen überhaupt nicht beseitigt werden kann. Es ist ganz klar, daß, wenn das Gold, wenn die ökonomische Macht politische Macht verleiht, wenn sie die Möglichkeit von Genüssen und Vergnügungen darbietet, wenn sie demjenigen, der in ihrem Besitze ist, die Möglichkeit bietet, der Gesellschaft und dem Staate die Gesetze ihres Handelns zu diktiert, und ihre Interessen zur geltenden und herrschenden Moral der anderen zu machen, daß durch die Paragrafenreiterei diese außerordentlich starke Kraft nicht ausgeschaltet werden kann. Es liegt die Verführung und Störung des seelischen und des moralischen Gleichgewichtes gegenüber den Menschen der kapitalistischen Zeit so stark als Faktor in dem sozialen Leben unserer Zeit, daß diese

**Gesetze der Soziologie nicht aufgehoben werden von dem legislativen Dilettantismus**

der Nationalversammlung. Wir sehen, daß diese Wirkung des Kapitalismus auf die Moralität der Menschen unserer Zeit auch nicht durch eine religiöse Moral aufgehoben werden kann, auch nicht durch eine Laienmoral, weil die Tugend überhaupt nicht in der Hand des Lehrers ist, wenn das, was sie in ihrer Tugendlehre verlangt, in Wi-

**Die kleine Lotte.**

(33)

Von Simone Bobbe.

Uebersetzt von Dr. Anna Ruchbaum, Copprught by Interterritorialer Verlag „Renelliance“, Wien.

Ihr Betragen, ihre Ausdrucksweise sind ihr unangenehm, aber wie alle Leute, denen sie bis jetzt begegnet war, ihre Lehrerinnen ausgenommen, führen sie alle dasselbe Wort im Munde, haben nur eine Sorge: Geld. Zwei treibende Kräfte für ihre Handlungen: Hunger und Liebe. Der Vater Decoiffer, die Toriol, Julie zeigen noch ein Bestreben: etwas vorzustellen. Charlotte empfindet dunkel, daß sie dennoch weniger wert sind als die anderen. Armandine und Ali haben ihre ganze Zuneigung. Martha zieht sie an, ist ja jung wie sie, hübsch. Aber sie erschreckt sie auch. Sie macht Eindruck. Sie ist eine Maat.

Die Macht einer Prostituierten wäre in Wahrheit furchterregend. Kennte sie nur Begierden in einer Welt wie der unsrigen. Ist diese doch geschaffen, fortwährend zwischen Selbstbefriedigung und Käuflichkeit hin und her zu schwanken. Versteht es nur, zu verkaufen und zu lügen oder mit der Forderung zu laufen, daß man sie beläge. Aber Marthas Herz gehört ihrem Kolo, einem Dieb. Es tut ihr ganz aufrichtig wohl, ihm etwas von sich zu geben. Solange es Prostituierte geben wird, wird es auch zweifellos Zuhälter geben. Ihr Verdienst, ihre Lebensberechtigung an der Seite dieser Unglücklichen ist, erniedrigt zu sein wie sie und sich dagegen zu empören. So sind sie geclauet, ein Ideal hoch über allem gegenwärtigen Elend zu verkörpern und, Ausbeuter, rächen sie wenigstens ihre Schöplinge an einer Gesellschaft, die noch niedrig und unmenschlich genug ist, zu gestatten, daß menschliche Wesen als Abtritt dienen. Marthas Herz gehört Kolo. In Poissy gefangen, im Gräuen. Sie verkündet es Charlotte

voll Stolz. Ist sie abweisend und sprechen alle gegen sie (sie kommt oft erst um 3 Uhr zu Mittag), hörte Lotte, ganz verwirrt, wie Armandine sie darob lobt.

„Ja, meine kleinen Mädchen, ja, ich sag es euch, deswegen ist sie mehr wert als Sie, Julie, das können Sie mir glauben. Haben Sie nicht Ihren armen Alten allein im Spital sterben lassen? Ein Dieb ist er? Wer saut es? Die Bestohlenen. Aber wer allein ist bestohlen, wenn er auf die Welt kommt? Nur solche wie Ihre armen Wirmer, Mutter Raboge. Ja, mich freut's, daß Marthas jemanden lieb hat. Ist sie mal alt, kann sie wenigstens daran zurückdenken. Ein Dieb? Ihr habt niemals geliebt, Häschen, das steht fest. Denn sonst wüßtet ihr, daß man niemals ein Dieb ist für den, der euch liebt.“

Ist die Arbeit sehr dringend, beschwigt man noch zwei Arbeiterinnen von auswärts. Madame Lardy kommt von Belleville herunter, manchmal mit einem großen Sohn, kräftig und eingebildet, genannt der Rauchhusten von Blas, weil er mehrere Mädchen dieses Ortes verführt hat, worauf seine Mutter sehr stolz ist. Wenn sie ihn mithat, schreit sie schon von der Tür aus: „Ich bringe meinen Hahn, schließt zure Hüner ein!“

Er gerührt, an Charlotte Geschmach zu finden. Die Kleine hat Angst vor ihm, bringt es nicht über sich, ihm zu antworten. Martha, ihre Nachbarin, befreit sie davon, zeigt dem Jungen die Zunge, lößt ihn zurück.

„Zum Teufel, mein Vieder, man langweilt eine Frau nicht so. Sehen Sie denn nicht, daß Sie sie annden, großer Tölpel!“

Die zweite, Madame Guernet, bewohnt ein Zimmer. Rue Orange-aux-Belles, fristet sich elend fort. Sie ist Witwe, hat nur recht teurige Erinnerungen an ihre Ehe. Jedesmal, wenn sie Arbeit liefert, erzählt sie von ihrer Hochzeitsnacht und der Enttäuschung, welche die jungen Mädchen

empfinden. Sie hat sich niemals von ihr erholen können, als sie am nächsten Morgen beim Aufstehen bemerkte, daß ihr Mann schmutzige Fäße habe.

Um acht Uhr, wenn man in die Werkstatt kommt, findet man Vater Decoiffer im Begriffe auszuhelfen. Er trägt eine gang durchlöchernde und fledige Jade, die er niemals wechselt. Nicht weil er etwa keine andere hat — aber die Zeit fehlt ihm. Neben ihn die Arbeiterinnen zu sehr, heftet er über die Löcher Banknoten, die er an den Verkaufstagen aus der Masse nimmt. Er erzählt gern schmutzige Geschichten voller Anspielungen. Charlotte sieht, daß er darüber lacht, versucht ihren Sinn zu begreifen. Aber gewöhnlich haben sie gar keinen. Er macht auch den Hanswurst, obmit verschiedene Verstimmten nach, singt abscheuliche Worte zu Melodien aus tomischen Opern. Armandine, die am Fenster sitzt, paßt auf, wenn Annette mit dem Diener anrückt:

„Ah, Alter, Ihre Meisterin lacht nicht gerne.“

Annette besorgt den Verkauf am Plaque. Als es ihrem Mann noch gut ging, pflegte er sich abzuwenden, um nicht zu grinsen, wenn er einen Freund, nur mit dem kleinsten Paket beladen, auf der Straße traf. Heute zieht er vor, seine alte Lebensgefährtin bei jedem Wetter den Bestellungen nachlaufen zu lassen. Was hätten die Geschäftsinhaber, mit denen die Decoiffer früher auf gleichem Fuß verkehrten, gedacht, wenn er selbst Reifender spielte? Annette — die konnte man gut dafür nehmen.

Früher ziemlich groß gewachsen, hält sie sich jetzt gebückt. Ihr Gesicht ist runzlig, ihre Haare sind grau. Immer trägt sie einen schwarzen Kapott mit Tuscheln, ein schotisches, grün und rot kariertes Tuch. Sie tut sehr zinnerlich, ist empfindlich, leicht erregbar. Im Grunde eine gute Frau. Jeden Tag setzt sie Suppe und Rindfleisch auf den Herd, ehe sie fortgeht, behält immer ein Töpfchen Suppe, ein Stückchen Fleisch, sei es für

eine kleine Rabage, wenn sie kommt, sei es für Ali, die nur von der Suppe ist. Annette hat die Kleine lieb, predigt ihr fortwährend Anatols wegen, hält ihr vor, daß die jungen Mädchen niemals ihre Mutter verlassen würden, wenn sie wüßten.

„Ja, Meisterin,“ antwortete Armandine, „man darf wohl sagen, daß Sie recht haben. Aber um zu wissen, muß man lernen.“ Annette geht frühmorgens mit dem Diener fort, wenn er erscheint — er macht seinen Dienst sehr unregelmäßig. Kommt er nicht, geht sie auf den Platz von Kairo, einen anderen suchen. Hier versammeln sich die Diener und Zuschneider ohne Arbeit. Warten, daß man sie b'ngt. Sie hält sie alle für Diebe, Strahentäuber, reiß für den Galgen, ebenso wie die Angestellten, die ins Haus Bestellungen oder Gutshabenscheine bringen. Sie hat einen großen schwarzen Kater. Charlotte kann ihn nicht sehen, ohne an Marr zu denken. Aber er ist sehr böse, spuckt, sobald man ihn streift. Annette schließt ihn in ihr Schlafzimmer, ehe sie ausgeht, will nicht, daß die Arbeiterinnen ihm etwas zuleide tun. Raum betritt sie wieder die Werkstatt, eilt sie, ihm zu öffnen. Der Vater läuft hinter ihr her. „Das Tier hält ihre Beine für Besenstiele,“ murmelt Vater Decoiffer.

Arbeitet Annette an ihrem Tisch, setzt sich der Kater ihr zur Seite auf einen Stuhl. Verschwindet er, ist das ganze Haus in Bewegung. Alle müssen ihn suchen. Annette gerät in heftigen Zorn über die, welche sich nicht rühren wollen, besonders über Armandine und Martha, die sich vor Vachen wälzen. Sie erinnert sich, daß der Angestellte eines bestimmten Geschäftshauses gekommen war. Bewußt hat er den Kater mitgenommen. Sogleich setzt sie den Hut auf, räumt ihr Tuch, macht sich auf, ihn wieder zu holen. Gewöhnlich lacht man über diese Streifzüge, und kein Reisender verschilt es, jeden Tag nach der Gesundheit von Raschmit zu fragen. (Fortsetzung folgt.)



anspruch steht zu den Triebkräften und herrschen- den Gesetzen einer Gesellschaft. Die Gefahr der Korruption als einer notwendigen organisch- soziologischen Erscheinung kann erst beseitigt oder auf ein Minimum herabgesetzt werden, wenn es mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu- ende ist. Wenn die Verbrechen, die aus der Recht- losigkeit für einen großen Teil der Bevölkerung entstehen, wegsfallen und der Versuch mit gefe- gebenden Maßregeln Wunder wirken soll, so erinnert dies an den

**Versuch eines Anatomen, einem Budligen den Budel zu operieren.**

Man kann ihn operieren, aber der Budlige geht dabei zugrunde.

Wenn Sie den Versuch machen wollten, dem Kapitalismus, der auf Profitgier und Ausbeutung aufgebaut ist, diese Folgeerscheinungen seiner Herr- schaft zu nehmen, so würden Sie dem Kapitalismus typisch den Garau machen. Als typische Erschei- nung ist die Korruption eine notwendige Erschei- nung in einer Gesellschaft, in der das Gold und der Besitz eine große Rolle spielt; ich will ohne weiter- zugehen, daß es Höhen und Tiefen in dieser Entwicklung gibt. Der Motivbericht hat recht, wenn er auf die besonders erschwerenden Verhältnisse hinweist, die nicht bloß für unseren Staat, sondern auch für den ganzen kapitalistischen Kulturkreis typisch sind. Ich bin nicht Parisier, um zu sagen, daß die Erscheinungen nur bei uns typisch sind. Es sind dies Erscheinungen, die unter der Einwirkung des Krieges und der Nachkriegszeit stehen und sie haben sicherlich eine außerordentliche Verstärkung durch den Krieg und durch die Nachkriegszeit be- kommen. In der Zeit des Krieges hat begreif- licherweise das Gefühl, sich zu bereichern, das Ge- fühl, die Konjunktur auszunützen, das Gefühl, die Not der anderen zu eigener Kräftigung zu gebrau- chen, leider eine ganz außerordentliche Verstärkung erhalten.

Wir müssen uns nun fragen, was die Regie- rung dieses Staates zu tun sucht, um

**Die Beamten zu immunisieren gegen diese Verführung.**

was hat sie für die Beamten getan? Alle Be- mühungen, um wenigstens die schlimmsten Gebre- chen des Dezembergesetzes zu beseitigen, blieben bisher vergeblich. Wir glauben nicht, daß die jetzigen Krankheitsercheinungen durch die Bestimmun- gen dieses Gesetzes aufgehoben werden können. Das seelische und moralische Gleich- gewicht der Beamten kann nur herge- stellt werden, wenn die sozialen Ver- hältnisse der Beamten stabilisiert werden. Sonst wird das, wogegen sich das Ge- setz wendet, die Zeitverhältnisse überdauern. Wir werden für das Gesetz stimmen, wir wünschen, daß es jene Wirkung erzielen möge, welche man sich von ihm verpricht. Wir sind aber der Meinung, daß ein besseres Mittel als die Strafan- drohung gegen pflichtvergessene Beamte, eine bessere Entlohnung und Behandlung der Beamenschaft ist. (Beifall.)

Die Vorlage wird sodann unverändert ange- nommen; die Abänderungsanträge Polach ab- gelehnt.

Das Haus schritt sodann zur Beratung der Vorlage über die

**Aufhebung der Fideikomisse.**

Nach dem Referate des Berichterstatters führte zunächst Genosse Polach aus: Mit der Annahme des vorliegenden Gesetzes, das wir freudig begrü- ßen, wird einem der erbittertsten Vor- worte ein Ende bereitet. Die Auf- hebung des Fideikomisses ist eine historische und soziale Notwendigkeit, für die wir als Sozialisten volles Verständnis haben. Aber mit der Aufhebung des fideikommissarischen und nichtfideikommissarischen Großgrundbesitzes ist die Aufgabe, die wir uns stellen müssen, nämlich die Aufgabe der Durchführung der Bodenreform selbst, nicht erfüllt. Wenn die Beseitigung dieser Privilegien doch wieder nur zum Sprungbrett für diejenigen wird, die neue Privilegien für sich in Anspruch nehmen, so ist dies kein sonderlicher Vor- teil. Die Bodenreform sollte sozial sein, der Staat hat ein Bodenaufgebot geschaffen, das heute eine Institution ist, die auch zeitlich ihre Berechti- gung überschritten hat, weil eigentlich ihre Funk- tionsdauer gesetzlich bereits längst zu Ende ist. Diese Institution besteht ohne parlamentarische Aufsicht und auch gegen den ausdrücklichen Willen des Senates, der wiederholt den Antrag angenom- men hat, daß in die Verwaltung des Bodenaufgebots Vertreter des Senates aufgenommen werden. Wir verlangen Gerechtigkeit von einer Bodenreform, welche im Geiste der modernen, sozialen Auffassung der Dinge gelegen ist, wir verlangen, daß aus ihr der politische Einfluß ausgeschaltet werde, und daß das Bodenaufgebot eingereicht werde in den staatlichen Beamtenapparat und heraus- gerissen werde aus der Macht der Koalitionsparteien und den politischen Zufälligkeiten im Staate. Wir fordern, daß das Bodenaufgebot, die Bodenreform in den Dienst der Nationalisierung zu stel- len, daß der Zweck der sozialen Reformen auch in bezug auf die Bodenreform erfüllt werde, durch die Fürsorge für die Angestellten des Großgrund- besitzes und durch die wirtschaftliche Stärkung der Kleinbauern und Kleinhäusler. Für die wichtigste Aufgabe der Bodenreform halten wir, daß sie in den Dienst der Volksernährung gestellt werde, daß sie betrieben werde unter dem Gesichtspunkte der Steigerung der Bodenerträge, der Inten- sivierung des Betriebes. Schließlich fordern wir aus diesem Grunde die Vergebung des Grund und Bodens an Zweckverbände.

# Der Moskauer Zettel.

## Die „politische“ Resolution des Moskauer Kongresses — eine Abkehr- leitung der kommunistischen Parteien.

Der Kongress der „Komintern“ be- schloß eine Resolution, die namens der politischen Kommission dem Kongress von Frau Ruth Fischer (vormals Friedländer) vorgelegt wurde und aus der wir folgen- den Auszug, getreu dem Original, wieder- geben:

„Im August forderte die Exekutive von der deutschen Partei die sofortige Orientie- rung auf unmittelbare Machteroberung und mo- bilisierte mehrere andere Sektionen. Nach der Oktoberkapitulation in Deutschland, die durch den Verrat der Sozialdemokratie und durch das Versagen der kommunistischen Partei verursacht wurde, war es durchaus rich- tig, daß die opportunistische Haltung der deutschen Zentrale verurteilt und daraus durch- schonungslos Kampf gegen den Opportunismus die politischen und organisatorischen Konsequenzen gezogen wurden. Der Weltkongress heisst die Haltung der Exekutive in der deutschen Frage gut. Es war richtig, den Bankrott der rechten Leitung durch den Block der Mittelgruppe mit den Linken zu bekämpfen. Es ist ein Verdienst der deutschen Partei, die Bankstimmung nach der Oktoberniederlage liqui- diert zu haben.

Der Weltkongress stellt fest, daß die Ein- heitsfronttaktik nur eine revolutionäre Methode der Agitation und der Mobilisierung ist.

Die Lösung der „Arbeiter- und Bauernregierung“ ist eine Agitations- losung für die proletarische Diktatur und keinesfalls eine Koalition auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie.

Die Umstellung der Parteiorganisationen auf die Betriebszellen ist unbedingt notwendig.

Es war richtig, die kurzfristige, opportunistische Passivität der bulgarischen Partei zu verurteilen und die verfallende Rechte auszumergen.

Die französische Partei ist vom op- portunistischen Ballast gereinigt und ist konsolidiert.

Die kommunistische Partei Norwegens hat nach der Spaltung von der Tranmael-Gruppe die Autorität einer revolutionären Massenpartei erworben.

Die polnische Zentrale zeigte in der praktischen Tätigkeit, besonders in den Oktober- tagen, keine richtige revolutionäre Aktivität. In der russischen Frage unterstützte die polnische Zentrale den rechten Flügel und versuchte, jede Kritik von links zu unterdrücken.

Die Haltung der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei zeigte opportunistische

Fehler und Abweichungen. Sie wies auch Schwän- kungen und Abweichungen in der russischen und deutschen Frage auf. Die APO. verstand es nicht, die parlamentarische Aktion mit Massenaktionen zu verbinden.

Rechte Abweichungen zeigte auch die engli- sche und amerikanische Partei in der Ein- heitsfrontfrage. Die Komintern wird dem Pro- blem der anglo-sächsischen Arbeiterbewegung mehr Aufmerksamkeit widmen.

Die Massenbewegungen in Ungarn zeigen, daß die Lage für die Organisation und den Auf- bau der kommunistischen Partei ros ist. Die Auf- gabe der ungarischen Kommunisten besteht in der Durchführung des Parteaufbaues und in der Be- schleunigung der angefangenen Liquidierung der Fraktionenkämpfe.

Die Exekutive hat den unmärzistischen Dog- matismus eines Teiles der italienischen Partei richtig bekämpft. Um eine Massenpartei zu werden, muß sich die italienische Partei auf den Boden der Kominternbeschlüsse stellen. Nach der Verschmelzung mit den Terzia-Internationalisten muß die Gewinnung sozialistischer Massen sorge- fertigt werden.

Nach der Schilderung der Gewerkschaftspolitik, der Propaganda unter den halbproletarischen, Kleinbürgerlichen Schichten, der Agitation in den Armeen, der Rationalitätenfrage, Bauernfrage und der Kolonialfrage sagt die Resolution: Die Exe- cutive befolge die leninistische Strategie, Taktik und Organisationsmethode. Die Bolschewisierung der Komintern muß dem Vermächtnis Lenins gemäß durchgeführt werden. Die Aktivierung der Partei ist schon bemerkbar. Ansätze zur Bol- schewisierung müssen ausgeführt werden. Künftighin können, in Uebereinstim- mung mit der Exekutive, Parteitage auch vor dem Weltkongress stattfinden. Der Kongress beauftragte die Exekutive, strenger als bisher Diszi- plin zu fordern. Die Komintern muß zu einer einheitlichen Weltpartei verschmolzen werden.“

Dieser Resolution stellt der abgeordnete Ita- liener Vordiga eine andere Resolution entgegen, die die Parole der Arbeiterregierung, der Zellenbildungstaktik und die Fu- sion ablehnt. Vordiga wurde daraufhin von der Fischer-Ruth und von Bucharin und Thalman- nochmals hingewiesen. Er erhielt nur 8 Stim- men, die oben zitierte Resolution der politischen Kommission dagegen alle Stimmen. Zum Schluß gab es „große Weisheits- und ge- bungen“ der Geprägten für die Prügel.

### Erklärung des Klubs unserer Senatoren

in der es heißt: Namens des Klubs der deutschen sozialdemo- kratischen Senatoren protestiere ich mit aller Ent- schiedenheit gegen die Unterbrechung der Sitzung. Anstatt einer Viertelstunde mußten die Mitglieder des Hauses nahezu eineinhalb Stunden warten, weil die Koalition mit ihrem Ruhhandel nicht fer- tig war. Ein solcher Vorgang widerspricht den unter gestützten Menschen üblichen Verkehrsfor- men; er steht aber auch mit der Geschäftsordnung im Widerspruch, die bestimmt, dem Präsidenten nicht das Recht erteilt, aus den Bedürfnissen eini- ger Parteien das ganze Haus in seinen Arbeiten auf- zuhalten. Gegen diesen Mißbrauch der Geschäfts- ordnung, gegen diese unwürdige Behandlung der Mitglieder des Senates erheben wir entschiedensten Protest und fordern eine Erklärung des Herrn Präsidenten, daß sich ein solcher Vorgang nicht wiederholen werde.

Nach einer Replik des Berichterstatters wurde der Handelsvertrag mit Holland angenommen, ebenso wie das Gesetz über die Aenderung des § 2 der Vorlage vom 4. Juli 1923 über die Errich- tung eines Fonds für die Elementarversicherung. Das Haus erledigte sodann einige weitere Vor- lagen. Vor Schluß der Sitzung gab der Vor- sitzende Donat eine Erklärung ab, in der er fest- stellte, er habe nach § 10 und § 39 der Geschäfts- ordnung das Recht, die Sitzung zu unterbrechen, wozu er übrigens gewichtige Gründe gehabt habe.

Nächste Sitzung: Morgen, 4. Juli, 10 Uhr vormittags.

### Die Sozialversicherungsdebatte.

Prag, 3. Juli. Der sozialpolitische Ausschuß des Abgeordnetenhauses beschäftigte sich heute mit dem zweiten Teil der Sozialversicherungsvorlage (Die Organisation der Versicherung). Nachdem zuerst Abg. Bavra (Gewerbetreibender) erklärt hatte, daß der Gewerbestand dahin arbeiten müsse, sich in Zukunft seine Angelegenheiten selbst zu ver- wahren, der Abg. Págel (d. Nat. Soz.) dafür eingetreten war, daß die Freiheit der Mitglieder in den Krankenkassen gewahrt werde, Abg. Káiser (B. d. L.) die alte agrarische Forderung nach Errichtung neuer landwirtschaftlicher Kassen erhoben und Abg. Kúčera (Komm.) die Sozial- versicherungsvorlage als ein den bürgerlichen Partei- en genehmes Kompromiß bezeichnet hatte, er- klärt Abg. Tayerle (sch. Soz. Dem.) nochmals, daß die Sozialversicherungsvorlage ein Kompromiß sei und die schicksaligen Sozialdemokraten nur deshalb mit ihr übereinstimmen, um die Tat- verbung der ganzen Vorlage nicht scheitern zu

lassen. Der Redner hält gleichfalls die Anträge, die das Subkomitee über die Organisation der Versicherung vorgelegt hat, nicht für eine ge- sunde Grundlage der Sozialversicherung und erklärt, die Absonderung der landwirtschaft- lichen Arbeiter von den Industriearbeitern für eine unmögliche Sache. Er glaubt fest daran, daß das Gesetz in der Folgezeit baldige Verbesse- rungen erfahren werde. Die soziale Praxis werde in Kürze die politische Theorie überwinden. Die Durchführung der Sozialversicherung auch in der heutigen Form sei ein größerer Vorteil für die Arbeit- schaft als ein weiteres fruchtloses Debattieren.

Abg. Genosse Hadenberg tritt sodann für die Errichtung von Einheitskassen ein, weil die Zersplitterung der Krankenversicherung eine schwere Schädigung der Arbeiterschaft bedeuten würde. Redner polemisiert gegen die Ausführun- gen der Vertreter der agrarischen und der Gewerkepartei und erinnert daran, daß die So- zialdemokraten die Richtausbreitung von Krankenkassenwahlen als schwe- ren Fehler bezeichnet haben. Laut Statistik haben die Bezirkskassen einen höheren Prozent- satz an Krankengeld ausbezahlt, als die land- wirtschaftlichen Kassen.

Bei einer Urabstimmung wurden 80 bis 90 Pro- zent der Arbeiterschaft für die Einheitskassen stimmen.

Gegenüber der Behauptung, die Kassen seien heute zu 90 Prozent Domäne der sozialdemokra- tischen Partei, meint Redner, die bürgerlichen Verbände von Osrau und Karlsbad seien eben- so stark wie die sozialdemokratischen, so daß man höchstens von 50 Prozent sprechen könnte. Man müsse die Einheitskassen sofort be- schließen, denn zu einer Novellierung im Sinne der Einheitskassen werde es auch dann nicht kommen, wenn die Erfahrungen dafür spre- chen sollten. Deshalb beantragt Redner die Wie- derherstellung des Textes, wie er im Entwurf der Facheite gesamt hat.

Nachdem sich dann noch Abgeordneter Pociet (sch. Soz. Dem.) mit den Verhältnissen in der Slowakei beschäftigt hat, wird die Vor- mittagsberatung geschlossen.

In der Nachmittagsitzung wird zuerst über Antrag des Abgeordneten Langer beschlossen, die nächste Sitzung morgen, Freitag, und die nachfolgende dann am Dienstag, um zwei Uhr nachmittags, abzuhalten. Sodann wird die Debatte fortgesetzt. Abg. Laube beschäftigt sich mit den Angriffen der Kommunisten, daß die sozialistischen Parteien nicht hätten auf dieses Kompromiß eingehen sollen. Er konstatierte, daß die sozialistischen Parteien keine Besorgnis hegen vor dem Kampf mit den bürger- lichen Parteien, sondern daß sie nur befürchten, mit der kommunistischen Partei in ein koalitiertes Vorgehen zu geraten, da doch diese Partei die größte Schuld an der Zersplitterung der Macht der Arbeiterschaft trage und es den bürgerlichen Parteien so ermöglicht hat, die Sozialversicherungsvorlage in ihrem Sinne zu beeinflussen. Abg. Dubiech (Volkspartei) kann hierauf nicht um- hin, die sozialistischen Parteien zu beschuldigen, daß einzig sie allein in die sozialen Institute einen politischen Geist getragen haben. Er versucht, auch nachzuweisen, daß das Ausland von der tschechoslowakischen Sozialversicherungsvorlage direkt entzückt sei. Abg. Johannis (sch. Soz. Dem.) beschäftigt sich vornehmlich mit den land- wirtschaftlichen Krankenkassen und kommt zu dem Schluß, daß die Landarbeiterschaft schließlich doch die landwirtschaftlichen Krankenkassen erobern werden. In der Debatte sprechen dann weiter Abg. Langer (sch. Nat. Soz.), Dr. Matusek (Nat. Dem.) und Abg. Haken (Komm.).

Nächste Sitzung morgen, Freitag, den 4. Juli.

## Inland.

### Die Ergebnisse des „Radikalismus“

In einem Artikel des Karlsbader „Volkswille“, der an der ungebrochenen Stärke der Sozialdemokratie in Westböhmen den eminenten Wert einer ungepaltenen Arbeiterbewegung auf- zeigt, heißt es unter anderem: Daß die Kraft der Arbeiter wirklich zum großen Teile darauf zurück- zuführen ist, daß die Spaltung verhindert wurde, das zeigt sich am sinnfälligsten, wenn man die Ent- wicklung in jenen beiden Bezirken des- selben Westböhmen betrachtet, in denen es den Komunisten gelungen ist, die Spaltung herbeizuführen. In Joachimsthal haben die Kommunisten Glück gehabt, es ist ihnen gelungen, die Organisation zu zerschlagen und eine kommu- nistische Parteigruppe aufzurichten. Das Ergeb- nis? Daß in Joachimsthal die Hakenkreuz- ler ihren Einzug halten konnten, daß bei der Ge- meindewahl in diesem Orte, der schon zehn Jahre vor Kriegsausbruch bei den Reichstagswahlen stets eine sozialdemokratische Mehrheit hatte, die Ge- meindevertretung in bürgerliche Hände überging, daß heute Joachimsthal z. B. den kämpfenden Ar- beitern in anderen Erzgebirgsbezirken in den Rücken fällt. Bürgerliche Gemeindegewalt, hakenkreuzlerische Tabakarbeiter, hakenkreuzlerische Streikbrecher beim Handschuhmacherstreik in Aber- tham, Abschneiden des Vereinstwagens der jungen Arbeitergeneration in die Arbeiterbewegung, das ist das Ergebnis der kommunistischen Propaganda- erfolge. Stellt man Reubel oder Bernau oder noch beliebig viele andere westböhmisches Orte neben Joachimsthal, so kann man am allerbestimmtesten erkennen, welche ein Unglück für die Arbeiter die Spaltung ist. Der zweite Bezirk Westböhmens, der seinerzeit von den Kommunisten „erobert“



wurde, ist der Industriebezirk A. S. Dort, wo wir vor fünfzehn Jahren schon das Bürgerturnen haben, dort, wo es in der Zeit der höchsten nationalen Hochflut gelungen ist, den Deutschen den Reichratsmandat zu entreißen, dort ist heute die Arbeiterschaft vollständig kraftlos geworden und ein Spielball in den Händen der Deutschbürgerlichen. Die Kommunisterei hat die Arbeiter aller Einflüsse bezaubert, hat nur für Herrn Tins und seine deutschradikale Partei Arbeit geleistet. Die beiden Beispiele, glauben wir, müßten genügen, um jedem Arbeiter klar zu machen, daß er sich mit ganzer Kraft für die Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterbewegung einzusetzen und die Proletarier Söldlinge zurückzuweisen hat.

Die „Deutsche Landpost“ hat das Wort! Die „Deutsche Landpost“ widmete gestern wieder einmal unserer Partei einen Schimpfartikel, den wir, soweit er das Ausmaß der täglichen Giftküsse dieser Klotze nicht übersteigt, ignorieren würden. Eine Stelle dieses Pamphlets gibt uns aber Gelegenheit, das lächerliche und verleumderische Blatt einmal beim Schopfe zu fassen. Es handelt sich nämlich um die Behauptung der „Landpost“, daß Herr Petschek (gemeint ist das Prager Bankhaus) „für den Sozialdemokraten“ eine offene Hand hat. Wir fordern die „Landpost“ hiermit auf, diese Verdächtigung zu konkretisieren und mit der Farbe herauszutreten, wenn, wo, wie oft und bei welchen Gelegenheiten Herr Petschek dem „Sozialdemokraten“ seine „offene Hand“ dargeboten hat. Die „Landpost“ möge sofort Rede stehen! Vorläufig, bis zum Einlangen der Antwort des Verleumderblattes, begnügen wir uns, die schurkische Verdächtigung anzuprangern, die sich ein Lump aus den Fingern gesogen hat. Die Redakteure oder Gewährsmänner der „Deutschen Landpost“ haben das Wort.

## Telegramme.

### Aus Rußlinien.

Rom, 3. Juli. Nach fast 20tägiger Suche mit ungefähr 250 Carabinieri wurden heute die Nachforschungen am Vicofo eingestrichelt.  
 Rom, 3. Juli. Der „Quanti“ ist gestern wegen eines Artikels gegen die Ansprache des Königs beschlagnahmt worden. Gegen das Blatt wird die Anklage wegen Majestätsbeleidigung erhoben werden.

## Wieder ein blutiger jugoslawisch-italienischer Grenzzwischenfall.

Belgrad, 3. Juli. Die aus Laibach gemeldet wird, wurden gestern nachmittags an der jugoslawischen Grenze unweit von Rakel zwei jugoslawische Grenzwachter von einer italienischen Grenzwache erschossen und ein Bauer schwer verletzt. Der Zusammenstoß erfolgte ebenso wie der letzte auf dem noch nicht abgegrenzten Gebiete.  
 Die gemischte Kommission, die die Untersuchung über den letzten blutigen Grenzzwischenfall führt, hat festgestellt, daß es in der letzten Zeit zu 20 Zusammenstößen zwischen den beiderseitigen Grenzorganen gekommen ist, die fast durchwegs auf dem noch nicht abgegrenzten Gebiete erfolgten, die aber nicht so blutig verliefen wie die beiden letzten Fälle.

## Internationale Vereinbarungen.

Genf, 2. Juli. (Schw. Dep. Ag.) Die italienische Regierung hat im Sekretariat des Völkerbundes die Ratifikationsurkunde zum internationalen Übereinkommen über die Unterdrückung des Frauen- und Kinderhandels niedergelegt. Die bulgarische Regierung hat die Ratifikationsurkunde zur internationalen Konvention für die Unterdrückung des Handels mit pornographischen Schriften dem Sekretariat zugestellt.  
 Bern, 2. Juli. (Schweiz. Dep. Ag.) Die Besprechungen zwischen dem eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement und einem Vertreter der Tschechoslowakischen Republik haben zum Abschluß einer provisorischen Gegenseitigkeitserklärung über Prozeßtaulitionen, Armenrecht und gerichtliche Mitteilungen geführt.

## Vom Eyoner Kongreß.

Eyon, 2. Juli. (Schweiz. Dep. Ag.) Der letzte Tag des Kongresses der Union der Völkerbündner brachte die Entscheidung über den Entwurf für einen Garantiepakt. Bei der Abstimmung stimmten elf Delegationen für, neun gegen den Entwurf. Die Union der Völkerbündner empfielt infolgedessen den Garantiepakt in dem von England vorgeschlagenen Sinne.

Paris, 3. Juli. Die Blätter melden zu der gestrigen Schlußsitzung des Kongresses der Völkerbündler u. a.: In der Abrüstungsfrage wurde dem Wunsche Frankreichs zugestimmt, daß der Völkerbundrat ständig bereit sein solle, um unüberwindlich Sanktionen zu bestimmen, welche für angreifende Staaten vorgegeben sind. Es wurde ferner der Antrag angenommen, daß die asiatischen Völker im Völkerbundrat neben dem bisherigen Vertreter Japans noch durch ein zweites nichtpermanentes Mitglied ständig vertreten sein sollen. Frankreich und England sollen aufgefordert werden, baldmöglichst den Kaufmann Friedensvertrag zu unterzeichnen.

Der Vertreter von Haiti plädierte für die Unabhängigkeit seines Landes. Der amerikanische Delegierte versicherte, die Vereinigten Staaten wollten das Land evakuieren, sobald Friede und Freiheit gesichert seien. Unter lebhaftem Beifall der Versammlung umarmten sich die Delegierten von Haiti und Amerika.

## Devisenkurse.

### Die tschechische Krone notiert in:

New York 100 Kr	.....	Dollar 2,94,00
Berlin 100	.....	Schweiz. Franc 16,50,00
Berlin 1	.....	Mark 123,000,000,000,00
Wien 1	.....	östr. Kronen 2,108,00

## Prager Kurze am 3. Juli.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1281,00	1287,00
1 Billion Mark	8,09,00	8,20,00
100 belg. Francs	155,75,00	157,25,00
100 französ. Francs	608,00,00	609,00,00
1 Pfund Sterling	147,30,00	148,70,00
100 Lire	17,12,50	17,25,50
1 Dollar	34,07,00	34,30,00
100 rman. Francs	176,75,00	178,25,00
100 Dinar	40,37,50	40,87,50
10.000 magdar. Kronen	3,90,75	4,07,75
1.000.000 poln. Mark	6,50,00	6,60,00
10.000 östr. Kronen	4,78,00	4,93,00

## Tages-Neuigkeiten.

### Der österreichische Tod.

Von Max Preis.

Der österreichische Tod hat Langeweile. Wenig zu tun, es ist halt kein reiches Industrie-land dieses Oesterreich, und darum wird der Tod viel weniger oft betreten, als es seinem Tätigkeitsdrang entsprechen würde. Nach der Tod eine Landpartie und kauft auf seinem unerschöpflichen Milliarden-P. Auto in das schöne Semmeringgebiet. In Gloggnitz ruft er ein wenig. Die Gogen ist zu schön: in steilen Lehren beginnt die Bahn ihre tolle Klettertour zur Papphöhe hinauf. Weiße Bienen stechen prächtig in den grünen Wald, den Berg und Himmel über die Landschaft wölben, im Süden starrt mit blanken felsigen Rippen die liebe Karalpe, von der man schon viel touristische Frucht heruntergeplückt hat; der österreichische Tod nicht anerkennend zu dem wohlgerogenen Berg hinüber und beschließt, den schönen Sommerdormittag nicht untätig zu verbringen.

Was aber tun? Die Max gibt an einem Werktag magere Beute. Die Generaldirektoren in den Augustoteles und in den weißen Villen am Semmering stören? Das bringt der österreichische Tod nicht übers Herz. Da fällt ihm ein: dicht bei Gloggnitz ist doch das Braunlohlenbergwerk Hart. In dem wird seit den wunderbaren, fruchtbarsten Kriegstagen Raubbau betrieben, erst vor zwei Wochen hat dort ein Flöz gebrannt. Der Generaldirektor weiß auf dem Semmering — hm — ob man da nicht ein wenig inspizieren sollte?

Um der Tod besichtigt den Betrieb und findet alles in bester Ordnung. Die Gasmasken sind verschlumpft, die Rettungsmannschaft nicht ausgebildet, weil das doch zu viel Geld und zu viel Zeit kosten würde, das Telefon hat Wartungspause, die Jechen sind ohne Aufsicht, in den Stollen wird gefördert, obwohl der letzte Brand, der noch nicht verjagt sein kann, alles bedroht und die Verdämmung nicht mehr intakt ist, und auch der Kompressor ist nicht in Ordnung.

Achtzig Mann unter Tag, Kohlenoxydgas schleicht in süßlichschmeckenden Fäden herum. Da fährt der österreichische Tod in die Grube ein. Ihn schadet das Kohlenoxyd nichts, und wenn auch die Stollen so eng sind, daß man sich in diesen Raubbaugängen die Knochen stößt — Teufel, man ist auch auf einer Landpartie nicht zum Vergnügen da. Der Tod ist ein Baktrist. Die Schlamperei ruft, die „Ahwas“-Voransetzung, die Gewissenlosigkeit — man wäre kein österreichischer Tod, bliebe man hier auch nur eine Minute lang noch müßig ...

Und es klopft der Tod an das Gestein, bis das süße Gas aus allen Poren tropft, und er reizt den Mund von schlafenden Arbeitern auf, pumpt mit einem tadellos funktionierenden Kompressor Kohlenoxyd in ihre staubgeschwarzten Lungen, er hängt Arbeiterleiber materisch an brechende Leiterpfosten, schnürt den eindringenden ungeschulten Rettern die Kehle zu und führt triumphierend zu Tag. Wo Weiber und Kinder wimmern und Generaldirektoren Protokolle aufnehmen und der Kompressor aus verrosteter Schläfrigkeit erwacht, und wo den Bergleuten eben erklärt wird, wie man mit Gasmasken umgeht.

Da freut sich der Tod; einmal der schönen, von weißen Villen geprenkelten Semmeringlandschaft und ein andermal des tugendhaften Tages. Die Schlamperei hat den Tisch gedeckt und der Tod hat dreißig Arbeiter gestrichelt. Er — ein Patriot, den Landesfittren treu.

Auf seinem unerschöpflichen Milliarden-P. Auto stößt er zurück nach Wien und inspiziert noch schnell die Depotbank, die so grandios zusammengebrochen ist. Vor den leeren Schaltern steht eine arme, alte Frau und weint — ihr letzter Spargroschen ist dahin. Der Tod stellt sich hinter sie und sagt: „Mutter, schau, dein Geld kriegt ja obneides nimmermehr — das Weinen hat gar keinen Sinn. Wie wär's mit ein bißel Gas?“

Mit dem Gas hat er Glück, der Tod. Der österreichische Tod, der ein Patriot ist und den Landesfittren getreu — bis in den Wassertod.  
 (Aus dem Berliner „Vorwärts“.)

Die Eisenbahn ist für die Reisenden da! Ein Genosse schreibt uns: Auf der Buxtehuder Eisenbahn versehen nun auch eine ziemliche Anzahl junger Kondukteure den Dienst, welche auf eine deutsche Anfrage nur tschechisch antworten. Am Dienstag kam eine Partei von Joachimsthal nach Schladenerwert und wollte mit dem ersten Schnellzug um 4.29 Uhr nach Saaz fahren. Kurz vorher fuhr der Personenzug ein und als die Partei den Kondukteur fragte, ob dies der Schnellzug nach Saaz sei, gab dieser eine tschechische Antwort und schob die Partei in einen Wagen hinein. Im Wagen stellte sich dann heraus, daß es der Personenzug war, und da die Partei nun dem Kondukteur Vorstellungen machte, lächelte er und sagte, die Partei könne ja einfach in Komotau umsteigen. Nun hatte aber die Partei den hohen Fahrpreis für den Schnellzug schon gezahlt, der ab Schladenerwert nur in Saaz hält, also gar nicht nach Komotau kommt. In Kaaden-Brunnersdorf fragte nun der Passagier den diensthabenden Beamten, ob der nachkommende Schnellzug hier nicht vielleicht halte, was laut Fahrplan sonst nicht der Fall ist. Der diensthabende Beamte meinte darauf, daß der Schnellzug tatsächlich an diesem Tage zufällig in der Station anhalte, worauf die Partei ausstieg und auf den Schnellzug wartete. Als nun dieser einlauge, hielt er auch. Doch da kam ein Oberbeamter und erklärte, daß in den Schnellzug nicht eingestiegen werden dürfe. Und als er aufmerksam gemacht wurde, daß dies der Partei zugesagt worden war, gab er zur Antwort: „Das wüßte der Beamte nicht, daß man in diesen Zug nicht einsteigen darf, da er erst den ersten Tag Dienst verfehlt.“ Alle Vorhalte waren wirkungslos, die Partei mußte warten, bis der dritte Schnellzug um eine Stunde später einlauge, da der zweite in dieser Station nicht anhielt. Der Anschluß ab Saaz war daher nicht mehr zu erreichen und die Partei, welche den hohen Ausschlag gezahlt hatte, erlitt einen großen materiellen Schaden. Dies alles nur deshalb, weil das neue Personal auf dieser Strecke der Meinung ist, daß sich die Passagiere nach ihm zu richten haben und tschechisch verstehen müssen. Wenn man nun schon die alten erprobten Beamten vorzeitig pensioniert hat, so mußten doch an deren Stelle Leute gestellt werden, die ihrer Aufgabe gewachsen sind!

Selbstentzündung in der Ostrauer Sophiengrube. Ueber eine Selbstentzündung von Kohle in der Währisch-Ostrauer Sophiengrube meldet das tschechische Preßbüro, daß die Selbstentzündung an einer unzugänglichen Stelle des fünf Meter starken Flözes „Bohlo“ entstanden ist. Die Betriebsverwaltung hat zu den schärfsten Schutzmaßnahmen gegriffen, um diesen Teil der Grube von dem übrigen Teil abzusperren. Gleichzeitig wird an dem Orte, wo die Selbstentzündung entstanden ist, ein Versuch aus Ache und Sand, die mittels Wasserdruck in den gefährdeten Teil getrieben werden, ausgerichtet, um den Brand zu ersticken. Die Situation, welche Mittwoch abends sich immer mehr verschlechterte, hat sich im Laufe der gestrigen Nacht gebessert, sodas eine weitere Ausdehnung der Gefahr nicht zu befürchten ist. Auch den bei den Sicherungsarbeiten beschäftigten Arbeitern droht keine Gefahr, weil die Sophiengrube nicht soviel Grubengase wie die anderen, weiter östlich gelegenen Gruben entwickelt. Eine amtliche Kommission hat den ganzen Mittwoch im Betriebe verbracht und hat die noch in vollem Gang befindlichen Arbeiten gutgeheißen.

Eine politische Landesverwaltungs-Kommission für Karpathenland. Dieser Tage haben in Ungar Verhandlungen der einzelnen Referenten der karpathenrussischen Zivilverwaltung über die Umwandlung derselben in eine politische Landesverwaltungs-Kommission begonnen. Bisher waren die Referenten der einzelnen Ämter der Prager Zentralstellen direkt verantwortlich. Nunmehr soll durch Schaffung der politischen Landesverwaltungs-Kommission ein Bindesglied zwischen den Ministerien und den karpathenrussischen Ämtern geschaffen werden.

Sonntags-Sonderzüge zu ermäßigten Preisen von Prag aus. Das Eisenbahnministerium macht aufmerksam, daß Rückfahrkarten für Sonntags-Sonderzüge zu ermäßigten Preisen weder bei den Bahnhofskassen noch bei den Bahnhofsaufstellungen verkauft werden. Den Verkauf von Fahrkarten für diese Züge besorgt ausschließlich die Prager Gemeinde in von ihr zu bezeichnenden Stellen durch ihre Organe.

„Wem, das rote Dost.“ In diesem Artikel sind zwei Druckfehler richtigzustellen. Und zwar sollte es im zweiten Absatz heißen, daß sich die Einwohner der Stadt Koudel um 700.000 Kronen verringert haben. Im letzten Absatz wurde betont, daß die nationale Einheitlichkeit (nicht Ehrfurcht) der Bevölkerung ein die Verwohung förderndes Moment ist.

Prohnik bekommt einen Logg-Kommissär. Nach Meldungen der tschechischen Presse soll es mit Ende dieses Monats zur Ernennung eines Regierungs-Kommissärs für die Stadt Prohnik kommen, weil einige Parteien es absehen haben, sich an der Arbeit in der Gemeindevertretung zu beteiligen. Der bisherige Gemeindevorstand ist der tschechische Sozialdemokrat Manhard.

Tragisches Tod eines dreijährigen Kindes. In Voltey bei Pilsen ereignete sich ein tragischer Unglücksfall, der den Tod eines dreijährigen Kindes zur Folge hatte. Der Arbeiter Buchte verfertigte Jügel für den Bau eines Häusdens, die er in östlicher Scheuer trocknen ließ. Infolge des letzten Regens war in die Scheuer Wasser eingedrungen und hatte die Jügel aufgeweicht. Dienstag abends stürzte nun, als das dreijährige Sohn-

chen Buchta am der Scheuer vorüberging, der Jügelhaufen zusammen und begrub das Kind unter sich.

Selbstmord eines Chepaus. In Odetzöhlitz im Riesengebirge verübte eine 28jährige Frau Selbstmord. Die Ursache scheint krankhafte, ererbte Schwermut zu sein, da auch ihre Mutter und andere Familienmitglieder frühzeitig an den Tod gegangen waren. Am nächsten Tage mochte der junge Witwe gleichfalls seinem Leben ein Ende. Das Ehepaar war kinderlos.

Die gestohlene Postkiste. Durch den Gendarmerieposten in Oberleutensdorf wurde dem Bezirksgerichte in Oberleutensdorf ein gewisser Josef Zehder aus Bruchgasse, der unter dem Verdachte steht, den am 12. Jänner 1924 verübten Postdiebstahl von rund 67.000 K bezogen zu haben. Der Verdacht wurde dadurch bestärkt, daß Zehder sich im Besitze größerer Vorräte befindet, von denen 37.800 K sichergestellt wurden und deren Herkunft nicht hinreichend aufgeklärt erscheint. Die Verhaftung des Genannten ermöglicht in Oberleutensdorf großes Aufsehen.

Deutschböllische und Kommunisten. In dem pommerischen Städtchen Anklam haben es die zu einem Rechtsblock vereinten Deutschböllischen und Volksparteier fertig gebracht, einen Kommunisten als Stadtrat zu wählen. Gegenüber dem Rechtsblock hatten sich bei der Wahl des Magistrats durch die Stadtverordnetenversammlung die fünf Sozialdemokraten, fünf Pieter und ein Demokrat auf eine gemeinsame Liste geeinigt, während die drei Kommunisten eine eigene Liste aufgestellt hatten. Für ein Stadtratsmandat waren indes vier Stimmen nötig. Unsere Fraktion hatte es abgesehen, eine Stimme für die Kommunisten abzutunmandieren. Die 13 Mann starke Rechtsfraktion aber gab dem für sie entscheidenden dreizehnten Mitgliede die Weisung, für die kommunistische Liste zu stimmen und damit den Kommunisten ein Stadtratsmandat zuzuschustern, das andernfalls dem sozialdemokratisch-demokratischen Block zugefallen wäre. Auf diese Weise führen die prinzipienfesten Deutschböllischen und Volksparteier ihren Kampf „gegen den Marxismus, für den Erbmonarchen“.

Antisemitismus und Wühnschaft. Der Entschluß des Geheimrates Prof. Dr. Willstätter, sein Lehramt an der Universität München niederzulegen, scheint, wie uns gemeldet wird, endgültig zu sein, nachdem auch Kultusminister Matt sich in einer Unterredung mit Willstätter vergebens für sein Verbleiben eingesetzt hat. Eine große Studentenumgebung im chemischen Hörsaal, an der außer Willstätter auch die beiden hervorragenden Mitglieder der medizinischen Fakultät, die Professoren Friedrich v. Müller und Sauerbruch, teilnahmen, brachte dem verehrten Lehrer und Führer die begehrtesten Suldigungen seiner Wühnschaft mit der Bitte, sich ihnen doch zu erpälen. Willstätter dankte herzlich für die Worte des Vertrauens, erklärte jedoch, er könne leider keine feste Zusage geben. Bereits kurz nach dem Kriege habe er erwogen, ob er angesichts der in München herrschenden Stimmung bleiben könne. Die Ereignisse der letzten Monate hätten ihn in dem Gedanken des Weggehens bestärkt. Er zweifle, ob er besser daran tue, anstatt den Bitten seiner Studenten nachzugeben, ihnen ein Beispiel zu geben, wie ein ausländischer Mensch handeln müsse. Er selbst könne auch außerhalb Münchens der Wissenschaft von Nutzen sein. Von besonderer Seite wird bestätigt, daß der einzige Grund des Weggehens Willstätters von München darin liegt, daß er in seiner Eigenschaft als Jude von den engeren Fachkollegen seiner Fakultät in einer Art behandelt wurde, die sein Ehrgefühl aufs tiefste verletzen mußte.

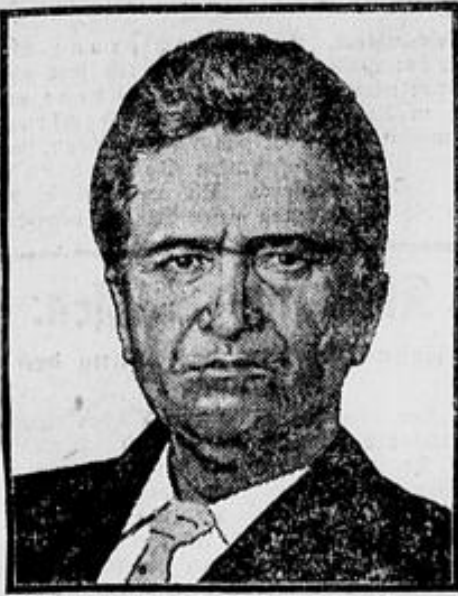
Kommunistische Torheiten. Die Rätegenossen im Hallischen Stadtparlament, über die wir vor kurzem berichtet haben, haben sich nun am Montag wiederholt. Die Kommunisten weigerten sich, die von ihnen abgegebene Erklärung der Nichtbeachtung gesetzlicher Vorschriften zu widerrufen. Sie wurden daher durch Magistratsbeamte am Eintritt in den Sitzungssaal verhindert. Da es einigen von ihnen gelungen war, in den Vorraum einzudringen, ließ der deutsche Stadtverordnetenvorsteher Polizei herbeiholen, die — mit dem Gummistöckel bewaffnet — die Kommunisten entfernten. Infolge des törichten Verhaltens der Kommunisten hat die bürgerliche Mehrheit der Stadtvertretung einen Dringlichkeitsantrag eingebracht und angenommen, wonach zu einer Revision der Geschäftsordnung „zur Verhinderung weiterer kommunistischer Sabotageakte“ geschritten werden soll. So ebnet die SPD. der Reaktion die Wege.

Elementar Katastrophen in Preussisch-Schlesien und Schwaben. Die schweren Unwetter in Mittelschlesien forderten in der Umgebung von Nimptsch zwei Menschenleben; eine Arbeiterin wurde vom Blitz erschlagen, eine andere Frau durch einen vom Sturm entworfenen Baum niedergeschlagen. Das Unwetter hat sich bis nach Oberschlesien ausgebreitet, wo in den weiten Forsten Hunderte von Bäumen entworfen und Dächer abgedeckt wurden. Ferner entstanden verheerend Brande durch Blitzeschläge. — Na heiner Meldung des „Berliner Tageblattes“ ist im östlichen Teil Schwabens infolge der niedergegangenen Unwetter mit Vollenbruch und Hagelschlag schon die dritte Ernte vernichtet worden.

Dr. Seipel hat das Krankenhaus verlassen. Wie die Wiener Blätter erfahren, hat der Bundeskanzler gestern um 10 Uhr vormittags das Wiedener Krankenhaus verlassen und ist in das Erholungsheim in Hütteldorf überfiedelt.



### Zu den kommenden Wahlen in Nordamerika.



La Follette, der neue Präsidentschaftskandidat.

La Follette, genannt der „Löwe von Wisconsin“, wegen seiner mächtigen Mahne über den Krieg leidenschaftlich bekämpft hat, der erst kürzlich vom Senat 10 Millionen Dollars für Deutschlands hungernde Frauen und Kinder forderte, ist heute einer der populärsten Politiker Amerikas. Eine in Bildung begriffene linksdemokratische Partei stellt ihn als Präsidentschaftskandidat den Kandidaten der beiden großen Parteien, Republikaner und Demokraten, entgegen.

**Besteuerung der Rundfunkunterhaltung.** Die preussischen Städte und Gemeinden beabsichtigen, die Rundfunkunterhaltung mit einer Steuer zu belegen. Die Gemeinden haben zunächst beim preussischen Innen- und Finanzminister angefragt, ob eine solche Besteuerung zulässig sei, was bejahend beantwortet wurde.

**Dreifacher Brudermord aus Habgucht.** Wie aus Steinamanger gemeldet wird, hat sich dort ein dreifacher Mord ereignet. In der Scheune des Landwirts Sztrolan wurden dessen drei Söhne im Alter von 21, 16 und 13 Jahren erschossen aufgefunden. Die Polizei verhaftete den ältesten Sohn des Landwirts, der dringend der Tat verdächtig erscheint. Die Polizei glaubt, daß er seine drei Brüder erschossen habe, um sie zu beerben. Bei der Hausdurchsuchung fand sich ein Revolver vor, aus dem drei Schüsse abgegeben worden waren.

**Baron Langfinger.** Die Budapester Polizei verhaftete den aus Siebenbürgen nach Budapest geflüchteten Baron Ernst Banffy wegen Diebstahls. Banffy, der Sproß einer vornehmen siebenbürgischen Familie, entwendete bei Bekannten die frei herumliegenden Gold- und Silberstücke. Er wurde wegen Diebstahls einer Uhr der Polizei angezeigt. Er gestand, daß er bisher schon zehn Gelddiebstähle begangen habe.

**Großer Raupenschaden in Deutschland.** Die ungeheuren Verheerungen, von denen ausgedehnte Waldungen im Osten Deutschlands, namentlich bei Frankfurt a. d. Oder durch Raupen verunsichert werden, haben sich auf die nähere Umgebung Berlins ausgedehnt. Es wurden jetzt große Waldstrecken bei Potsdam von der Raupe der Kieferneule befallen. Die Bäume stehen sozusagen ohne Rinde da. In ganz Preußen sind von diesem Raupenschädling mehr als zehn Millionen Festmeter Kiefernwald befallen.

**Fliegertod.** Auf dem Krakauer Militärflugplatz stürzte gestern nachmittags ein Militärflugzeug bei einem Übungsflug aus einer Höhe von 100 Metern ab. Die beiden Insassen, zwei Offizierspiloten, waren sofort tot.

**Die Beschränkung der Einwanderung nach den Vereinigten Staaten.** Wie die „Vossische Zeitung“ mitteilt, haben wegen der Erabsatzung der Zahl der russischen Einwanderer nach Amerika um 95 Prozent die großen Schiffahrtsgesellschaften ihre Geschäfte in Russland eingestellt und die Agenturen geschlossen. Ueber 5000 russische Auswanderer, die sich schon in europäischen Häfen befanden mußten zurücktransportiert werden.

**Arundsen gibt den Nordpolfahrt noch nicht auf.** Roald Amundsen schreibt in der Christianer „Aftenposten“, daß er seinen Plan, den Nordpolfahrt zu unternehmen, noch nicht definitiv aufgegeben hat. Er konstatiert, daß ihm hervorragende Blätter einen Betrag von zwei Millionen Lire angeboten haben, um den Flug noch in diesem Jahre zu ermöglichen, daß aber ihr Anbot zu spät einlangte. Er hofft, daß er die Expedition in einem anderen Jahre wird unternehmen können. Amundsen sagt weiter, es sei möglich, daß das Schiff „Maud“ noch in diesem Monate aus dem Eise herauskommt, da es weiter nach dem Westen verschlagen wurde, als man angenommen hat. Von der „Maud“ sind seit Februar, als sich das Schiff 75 Grad 13 Min. nördlicher Breite und 156 Grad 45 Min. östlicher Länge befand, keine Nachrichten eingelangt.

**Es Sechsjähriger als Hochzeitspaar.** Das bekannte „Etioler-Mandl“ in den Ammergauer Bergen, eine durchaus nicht leichte Kletterpartie, ist wieder Tage von einem sechsjährigen Knaben, Lothar Vogel aus München, bestiegen worden. Der Vater dieses Knaben und sein Bruder hatten das Etioler-Mandl bestiegen und sahen, in die Betrachtung der Landschaft versunken, auf dem Gipfel, als plötzlich der sechsjährige Knabe vor ihnen auftauchte. Er hatte gewagt, daß sein Vater auf den Berg bestiegen war, und war ihm, ohne jemandem irgendwas davon zu sagen, nachgeklüftet. Etwas die letzten hundert Meter des Gipfels stellen eine ungemein schwierige Kletterpartie dar. Die Felsen sind mit Eisentannmoos bedeckt, oder der Knabe hat diese Versicherungen, die ihm viel zu hoch waren, nicht benutzen können; so hat er sich, auf allen Vieren kriechend, von Fels zu Fels emporgearbeitet.

**Menschenhädel als Fuderbüchsen.** In Ecuador führen zurzeit die Truppen Kniaz mit den eingeborenen Kopfhägern, die Schädel erlegter Feinde massenweise zu verkaufen pflegen. Zu diesem Zweck töden sie die Köpfe und bringen dann die getrockneten Schädel auf den Markt. Diese Schädel erzielen in gewissen Kreisen hohe Verkaufspreise, da sie als Talismane in Gunst stehen und selbst als Fuderbüchsen den Weg in die Bordüre der Damen der „vornehmen“ New Yorker Gesellschaft finden. Der skandalöse Handel hat einen solchen Umfang angenommen, daß sich die Regierungen von Peru, Brasilien und Ecuador zu einem Beschluß gegen die Nivaro-Indianer verbunden haben. Der Handel mit den Schädeln beschränkt sich im übrigen nicht auf New York. Auch in den großen Filizentzen Südamerikas ist es ganz und gäbe, Menschenhädel als Briefbeschreiber oder als Fuder für den Schreibisch zu verwenden. Der Handel ist mit der Zeit so ertragreich geworden, daß die indischen Kopfhäger in den umliegenden Gegenden Ecuadors förmliche Treibjagden veranstalten, um sich das Material zu verschaffen, wobei sie sich überdies nicht auf die Köpfe ihrer Feinde beschränken. Die Sache hat einen solchen Umfang angenommen, daß man, sofern diesen Menschenhädel nicht am Ende gemacht wird, die Ausrottung schwächerer Stämme befürchten muß.

**Vertreibung abgestorbener Filme.** Hunderttausende von Metern sind die Filmstreifen lang, die jährlich in einem einzigen Theater durch den Apparat gehen. Und wenn man alle die Filme aneinanderlegt, die im einem Jahre in allen Kinos der Welt laufen, so würde man wohl ein Band erhalten, so lang, daß man es mehrmals um den Erdball herumlegen könnte. Mit der Zeit werden alle Filme natürlich schadhaft oder sie kommen aus der Mode. Als die Filmindustrie in den Kinderschuhen steckte und jährlich überhaupt nur einige tausend Meter Filmstreifen hergestellt wurden, warf man die abgelegten Filme fort. In der heutigen Zeit würde es eine ungeheure Materialverschwendung bedeuten, wenn man noch in der gleichen Weise verfähre. Alle abgelegten Filme werden jetzt sorgfältig gesammelt und an chemische Fabriken geliefert. Diese lösen die photographische Schicht von den Streifen ab und entziehen ihr das Silber, das sie enthält. Aus einer Tonne Filme werden jetzt über sechs Kilogramm chemisch reines Silber gewonnen. Die gereinigten Zellulosestreifen werden dann an Schuhfabriken geliefert, die ihrer zur Herstellung von Ledlappen bedürfen. So trägt vielleicht mancher an seinem Fuß ein Stüchchen von einem Film, auf dem Henry Vorden oder Charlie Chaplin und ihre Kunst gezeigt haben.

**Wasserschwund in Prag.** Gestern, in den frühen Morgenstunden, ist in der Prager Herrengasse vor dem Balajhotel ein Strahlwasserleitungsröhre geborsten; die austretenden Wassermassen haben das Pflaster gefressen. Die Wiederherstellungarbeiten dauerten bis in die Mittagsstunden. Die in der Nähe der Bruchstelle befindlichen Gebäude waren durch mehrere Stunden ohne Wasser.

**Wetterbericht vom 3. Juni.** In dem Teilhöhen Druckes herrschte am Mittwoch in der westlichen Hälfte der Republik vorwiegend heiteres und trockenes Wetter. In dem äußersten Osten brachte der Rest der abklingenden Störung Gewitter. Nachmittags ist die Temperatur in den niedrigeren Lagen auf 25 Grad Celsius gestiegen. In der Nacht auf Donnerstag kam bereits der Einfluß der nordwestlichen Störung zur Geltung, indem die Bewölkung zunahm. Weitere Temperaturerhöhungen dürften folgen. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Veränderlich, Niederschlagsneigung.

### Weitrundfunk und Esperanto.

Durch die Entwicklung der drahtlosen Telephonie, die in der letzten Zeit so ungeheure Fortschritte gemacht hat, ist die Londoner Regelung der internationalen Fernvermittlung von 1912 heute überholt. Um einen Ausbrot ihrer Bestimmungen zu ermöglichen, fand im Genf Ende vorigen Monats eine internationale Rundfunkkonferenz statt, an der außer offiziellen Vertretern des Völkerbundes und des internationalen Arbeitsamtes Delegierte bedeutender Radiogesellschaften und Rundfunkstationen mehrerer europäischer Länder teilnahmen. Es wurden unter dem Vorsitz des holländischen Ingenieurs J. S. Bräcken in mehrtägigen Verhandlungen die Grundlagen für internationale Abmachungen über den Weitrundfunk besprochen und in Form von Vorschlägen zusammengefaßt, die einerseits zunächst zu veranstaltenden internationalen Konferenzen der Regierungen für die Neuregelung der Bestimmungen über drahtlose Telegraphie und Telephonie zur Prüfung vorgelegt werden sollen. Von den rein technischen Vorschlägen verdient Erwähnung der Plan einer Übereinkunft über eine Ab-

grenzung der Wellenlängen für Telegraphie und Telephonie. Allgemeine kulturelle Bedeutung gewinnt ein Vorschlag über die Eingliederung der Weltförsprache Esperanto in den Weltfunkdienst. Ueber praktische Erfahrungen mit Esperanto im Radiodienst konnte der Vertreter der großen englischen Radiogesellschaft British Broadcasting Company Emmonds bereits günstigen Bericht erstatten. Ebenso lagen aus sieben anderen Ländern Mitteilungen über Esperantodirektungen durch den Rundfunk vor. Nach längerer Erörterung nahm die Konferenz einstimmig folgende Entschlieung an:

Die vorbereitende Konferenz für eine internationale Abmachung über Rundfunk in Genf hat festgestellt, daß der Rundfunk das menschliche Wort über Grenzen jeder Art verbreitet und in der Verkehrsmittelbarkeit einer Sprache begnnet. Sie hält den Gebrauch einer internationalen Hilfssprache für den Teil des Rundfunks, der an das Ausland gerichtet ist, für dringend erforderlich.

Sie empfiehlt allen Radiostationen einen regelmäßigen Rundfunk in Esperanto wenigstens an einem Abend in jeder Woche an einem bestimmten Tage und, soweit möglich, Aussendungen eines Esperanto-Kurzes, denn diese Sprache hat sich als leicht und deutlich hörbar erwiesen, und sie ist schon unter den Hörern aller Länder verhältnismäßig stark verbreitet.

Dieser Vorschlag bedeutet einen außerordentlichen Fortschritt für die Verbreitung der Weltförsprache Esperanto; er eröffnet aber auch weite Perspektiven für internationale Fernverständigungen, vor allem kultureller Art, u. a. für einen internationalen Pressedienst, der die Berichterstattung auf ein ganz neues Niveau bringen könnte.

### Gerichtssaal.

#### Der Benzinprozeß.

Heute sollte zunächst Benoni auf seinen Wunsch hin neuerdings einvernommen werden, der seine früheren Aussagen, die unter dem Eindruck seiner Beurteilung erfolgt waren, ergänzen wollte. Das Gericht lehnte jedoch seine neuerliche Einvernahme ab.

Die Verhandlung begann mit der nochmaligen Einvernahme des Stabskapitän Polasek, der über ein Telefongespräch mit Postal unwesentliche Aussagen machte.

Hierauf wurde General Jng. Rosal einvernommen, der zunächst die schweren Differenzen zwischen der Wirtschaftskontrolle und der Automobilabteilung schilderte, die vor gegenseitigen Verdächtigungen nicht zurücktreten. Zeuge wußte, daß zur Zeit einer Benzinlieferung in der Automobilabteilung verschiedene Herren intervenierten, unter ihnen auch Rejedy. Aus der Konkurrenz ging die Firma Stratalat siegreich hervor, doch beauftragte er den Oberstleutnant Beseh, mit der Firma wegen eines Nachlasses von 26 Hektern per Ailo zu verhandeln, und lud den Direktor Winter schließlich in sein Bureau ein. Winter erklärte ihm, ein Nachlaß sei nicht üblich, doch wolle er ihm den Betrag, um den es sich handle, zur Verfügung stellen. Zeuge rief sofort den Oberstleutnant Beseh und fragte ihn, was er sich denken solle, wenn er solche Anerbietungen bekomme und wisse, daß sich die Abteilungen gegenseitig so verdächtigen. Als Beseh erklärte, Winter habe ihm nie ein derartiges Angebot gemacht, warf er ihn förmlich hinaus. Wegen dieses Bestechungsversuches bestand nun der Zeuge darauf, daß das Offert aufgehoben und auch eine andere Firma mit der Lieferung betraut wurde. Kapitän Kuttelwascher sei dann amtlich zu Kolben in dieser Angelegenheit gesandt worden und nicht, wie Rejedy behauptet, selbst hingegangen, um sich dort Bestechungsgelder zu holen. Beseh habe er später aus der Abteilung entfernt. Auch zu Kuttelwascher habe er kein Vertrauen gehabt und Major Prib habe sich als Referent einigemal völlig unorientiert gezeigt.

**Vert. Dr. Vas:** Herr General, Sie führten gegen Boubela drei Gründe an. Erstens, daß Sie darauf aufmerksam gemacht wurden, daß Boubela, um für seinen Günstling Zeit zu gewinnen, die Vergebung in die Länge zog.

**Zeuge:** Aus eigener Anschauung weiß ich darüber nichts.

**Vert. Dr. Vas:** Zweitens werfen Sie Boubela vor, daß er sich bei Rejedy wegen der Preise informierte. Was sagen Sie nun, Herr General, wenn ich Ihnen mitteile, daß Sektionsrat Rudera unter Eid ausfragt, er habe Boubela dies zu tun befohlen?

**Zeuge:** Das wußte ich nicht.

**Vert. Dr. Vas:** Drittens machten Sie Kapitän Boubela den Vorwurf, daß er bei der Jänner-Lieferung für eine längere Frist von drei Wochen war. Dies haben Sie ihm als dolose Handlung angerechnet. Auf der Anklagebank sitzt aber Boubela, weil er bei der Mai-Lieferung eine bloß achtstägige Frist bestimmte.

**Zeuge:** Das sind aber verschiedene Umstände.

**Vert. Dr. Vas:** Ich sage referierend, Herr General, daß Ihre Vorwürfe nicht einmal Indizien seinhalten.

**Prokurator:** Der Verteidiger hat den Zeugen nicht anzugreifen.

**Vert. Dr. Vas:** Das ist Sache des Herrn Vorsitzenden, Herr Prokurator.

**Vors:** Ich rufe Sie zur Ordnung.

Hieraus wird Oberstleutnant des Generalstabes Bohous einvernommen, der über die Mobilisierungsvorräte berichtet, für die es viele Vorschriften gab.

Der weitere Zeuge, Oberstleutnant des Generalstabes Bartok, berichtet über eine Konferenz im Februar 1923, wobei über den Benzineinkauf aus freier Hand verhandelt wurde.

### Volkswirtschaft.

#### Bauarbeiterstreik in Reichenberg.

Der kommunistische Putsch in Reichenberg geht dem Ende entgegen. Der „Vorwärts“ gebärdet sich deshalb auch geradezu wie wahrhaftig. Dummheit und Lüge gegen den deutschen Bauarbeiterverband, insbesondere gegen dessen Vorsitzenden Gen. Hausmann überförsen sich in den „Vorwärts“-Berichten. Mit großen Buchstaben und dem kommunistischen Proletenakt: entnommenen Kraftausdrücken wird nicht gespart. Trotz alledem kommen immer mehr Bauarbeiter zu der Einsicht, daß sie sich wieder einmal von den kommunistischen Phrasen an der Leine führen lassen und daß sie dadurch wieder schwer geschädigt wurden. Warum haben die Kommunisten den Streik angezettelt und warum wird ausgerechnet nur in Reichenberg gestreikt? Bei der Generalstreikstrategie der Kommunisten zweifelt für jedermann sehr auffällig. Die Kommunisten schwindeln den Arbeitern vor, daß sie den, im vom deutschen Bauarbeiterverband abgeschlossenen Vertrag vorgesehenen Lohnabbau verhindern und eine zehnprozentige Lohnhöhung durchsetzen wollen. Gestreikt wird nur in Reichenberg, weil die Kommunisten mit Recht angenommen haben, hier seien die Arbeiter durch die moskowitzischen Phrasen auch für einen neuen, vollständig ausförschlosen, die Arbeiter schwer schädigenden Putsch zu haben. Die Bauarbeiter sind auf den kommunistischen Leim gegangen und sehen nun ein, daß sie wieder einmal schrecklich gefoppt und genarrt wurden. Beim Abschluß des Vertrages durch den deutschen Bauarbeiterverband war über zwei Anträge zu entscheiden. Entweder so lange vertragslos zu bleiben, bis es den Bauarbeitern im Sommer durch Streik möglich gewesen wäre, sich einen entsprechenden Tariflohn zu erzwingen und während der vertragslosen Zeit zu den von den Unternehmern diktierten Lohn zu arbeiten, oder den Vertrag abzuschließen, dessen Grundlode in acht Verhandlungen mit der Unternehmerorganisation geschaffen wurde. Die Mehrheit der Bauarbeiter im Reichenberger Handelskammerbezirk entschied sich fast einstimmig für letzteres. Und die Bauarbeiter haben gut daran getan. Denn in den abgeschlossenen Vertrag wurden einige Bestimmungen, die durch die zehnpromzentige Kommunistenweise im Jahre 1922 den Unternehmern zum Schaden der Arbeiter präsentiert wurden, wieder aus der Welt geschafft.

Wenn eine Gewerkschaftsorganisation wegen einer Lohnhöhung zum letzten Mittel im wirtschaftlichen Kampf, zum Streik, greift, dann ist es Pflicht aller verantwortlichen Vertrauensmänner, zu untersuchen, ob die durch den Kampf geforderten Opfer annähernd mit dem etwaigen Erfolg in Einklang zu bringen ist. Wenn die Arbeiterschaft um grundsätzliche Forderungen streikt und streiken muß, wird jedes Opfer gebracht werden. Bei materiellen Forderungen muß aber vorher angeführter Grundlag gelten. Die Kommunisten verlangen eine zehnprozentige Erhöhung der Löhne. Wenn die Unternehmer die Forderung bis Samstag, den 5. d. glatt bewilligen würden, daß alle Streikenden in der heurigen Saison noch zwanzig Wochen zu je 48 Stunden Beschäftigung hätten, ist der Lohnausfall durch den Streik bedeutend größer als der volle Erfolg. Den Forten in der Karlsgasse und dem kommunistischen Proger Verband handelt es sich auch gar nicht um die Lohnhöhung. Einer der Unentwogen hat es ja offen bekannt. Der deutsche Bauarbeiterverband muß vernichtet werden. Deshalb der Putsch. Nachdem bisher alle Versuche mißlungen, den deutschen Bauarbeiterverband unmöglich zu machen, unternimmt man immer verzweifeltere Versuche. Am 23. d. M. wollte der deutsche Bauarbeiterverband seine Mitglieder über die Demagogie der Kommunisten in einer Versammlung unterrichten. Diefelbe wurde von den Kommunisten unmöglich gemacht. Für den 30. Juni wurde wieder eine Versammlung einberufen und Vorfrage getroffen, daß eine neuerliche Störung unmöglich war. Der Gesellschaft Soldatenführer u. Comp. wurde auch in ganz unzweideutiger Weise bedeutet, daß sich der deutsche Bauarbeiterverband unter gar keinen Umständen sich dem kommunistischen Terror beugen wird. Diese Versammlung, obwohl nur ein Bruchteil der Mitglieder des deutschen Bauarbeiterverbandes anwesend war, hat es dem lieben „Vorwärts“ besonders angefallen. Ein Leitartikel und zwei längere Notizen werden deshalb losgelassen. Nach dem Referat des Genossen Hausmann wurde mit 101 gegen 40 Stimmen beschlossen, daß der Streik weder vom deutschen Bauarbeiterverband, noch vom Bau- und Keramarbeiterverband genehmigt ist. Die Mitglieder beider Verbände, die sich bisher an dem Streik aus falkcher Solidarität beteiligten, die Arbeit wieder aufzunehmen haben. Ungültige Stimmen wurden bei diesem Beschluß zwei abgegeben. Daß der „Vorwärts“ andere Ziffern bringt, ist eine für jedermann erwartete Selbstverhändlichkeit. Daß der „Vorwärts“ über die durchgeführte Abstimmung gemein lügt, nimmt niemand wunder. In dieser Berichterstattung sind aber einige Feststellungen notwendig. Der „Vorwärts“ stellt fest, daß Hausmann nur Mitglieder seines Verbandes zu der Versammlung einließ. Hausmann hat dadurch bewiesen, daß er den ganz richtigen Standpunkt vertritt, daß in einer Organisation eben nur Mitglieder das Recht zu Entscheidungen haben. Der „Vorwärts“ kann also nicht den Nachweis erbringen, daß sich die Hausmänner andere Leute als Stimmwisch zur Abwürgung des Streikes bestellten. Dagegen lügt der „Vorwärts“, daß die Abstimmung ohne jede Kontrolle vorgenommen wurde, so daß manche Hausmannstrolchmänner zwei- oder dreimal gestimmt haben. So ergatterte sich Hausmann eine



„Wahrheit“, schreibt der „Vorwärts“. Die Stimmzähler des deutschen Bauarbeiterverbandes in dieser Versammlung waren zwei kommunistische Parteimitglieder. Der eine davon, und zwar der kommunistische Genosse Breuer hat vor der Abstimmung gegen den Antrag des Genossen Hausmann gesprochen. Es ist wohl kaum anzunehmen, daß die zwei kommunistischen Stimmzähler so manchen Hausmannstrotzmannern zwei oder drei Stimmzettel zugesetzt haben, damit diese, einigemal ja schreiben können. Oder meint der „Vorwärts“ damit, daß Breuer anders spricht als er handelt? Hält der „Vorwärts“ seinen Genossen Breuer für einen Besinnungsstump? Eine klare und unabweisende Antwort des „Vorwärts“ ist dringend geboten. Hoffentlich kneift der „Vorwärts“ nicht aus.

Der „Vorwärts“ liest weiter, Hausmann habe erklärt, der Streik wäre ohne Wissen und Willen Tetens und Falas beschlossen worden und Gampe wäre in Krakau gegen den Streik gewesen, weil er die Auslosigkeit desselben eingesehen hätte. So viel Worte, so viel Lügen. Tetens und Falas haben von diesem Streik gewußt. Die Kommunisten aus der Karlsstraße, sowie Gampe und Falas haben den Putsch bewußt arrangiert. Tetens hat in Stockholm auf der internationalen Bauarbeiterkonferenz offen erklärt, daß er von dem Streik gewußt, aber seine Genossenschaftsgenossen vor demselben gewarnt habe. Tetens hat weiter erklärt, daß er sofort nach Prag schreiben werde, daß in Reichenberg Ordnung gemacht wird. Der „Vorwärts“ soll doch offen bekennen, ob der Verbandsvorstand des kommunistischen Zentralverbandes den Streik bewilligt hat? Gampe hat erklärt, er werde sich bei dem Streik an die Spitze stellen und versprochen, daß der Zentralverband die volle Verantwortung übernehme. Ist bei Gampe die Spitze hinten und wird der Zentralverband die vom Gampe versprochene Unterstützung auch den Unorganisierten zahlen? Die Kommunisten in Krakau wollten streiken. Gampe hat diese Absicht verhindern müssen. Die kommunistischen Bauarbeiter von Krakau sollen kagen, ob es anders ist. So hat Genosse Hausmann in der Versammlung über diese Dinge gesprochen.

**Streik der Glacé- und Kapphandschuhmacher in Abergtham.** Wie bereits mitgeteilt, traten am 16. Juni die Handschuhmacher des oberen Erzgebirges, soweit diese bei den selbständigen Fabrikanten im Abergthamer Genossenschaftsbereich beschäftigt sind, deswegen in den Streik, weil die Unternehmer unter keinen Umständen auf die Forderungen der Arbeiter eingegangen und im besten Falle bereit waren, eine Verlängerung des Vertrages vorzunehmen, damit sie nach Fertigstellung ihrer Aufträge eine neuerliche Lohnbesserung durchzuführen können. Die Arbeiterschaft, welche jederzeit verhandlungsbereit ist, führt den Kampf um ein größeres Stück Brot mit einer musterhaften Ordnung und Disziplin. Ein Teil der streikenden Arbeiter fand im nahen Johann-Georgenstadt in Sachsen Beschäftigung, andere bemühten sich, bei jenen Arbeitgebern in Arbeit einzutreten, die für die Prager Handschuhindustrie Quararbeit leisten. Da gegenwärtig eine außergewöhnlich gute Geschäftslage vorhanden ist, hätte sicherlich ein großer Teil der streikenden Arbeiter anderweitig Beschäftigung gefunden. Dadurch entstand für die Unternehmer eine äußerst ungünstige Situation. Was lag deshalb näher als mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Einstellung von Handschuhmachern in anderen Betrieben zu unterbinden. Mit welchen Mitteln seitens der Unternehmer gegen die Arbeiter vorgegangen wird, zeigt nachstehendes Schreiben, welches in unseren Besitz gelangte.

Abdruck!

Genossenschaft der Glacéhandschuhmacher und Lederarbeiter von Abergtham und Platten mit dem Sitz in Abergtham.

Rundschreiben.

Streng vertraulich.

Nachdem in der am 17. d. M. stattgefundenen a. o. Generalversammlung viele Mitglieder nicht anwesend waren, erachtet es die Genossenschaft für dringend geboten, die der Versammlung ferngebliebenen Mitglieder von den auf die Streikfrage bezüglichen Beschlüssen nachstehend zu informieren:

1. Der Genossenschaft wurden Fälle zur Kenntnis gebracht, daß streikende Handschuhmacher-Gehilfen bei Genossenschafts-Mitgliedern in Arbeit aufgenommen wurden, welche nachweisbar nicht für eigene Rechnung, sondern in Lohn nach Prag arbeiten. Einstimmiger Beschluß: Solche Mitglieder verstoßen gründlich gegen die Grundzüge der Genossenschaft und werden unwiderruflich dazu verhalten, die bereits aufgenommenen Handschuhmachergehilfen unter Berufung auf die Beschlüsse der Genossenschaft auf der Stelle zu entlassen.
2. Lehrlinge: Dürfen sich gemäß den Bestimmungen der Gewerbeordnung am Streike nicht beteiligen. In Fällen, in denen Lehrlinge dennoch in den Streik getreten sein sollten, sind sie gemäß § 100 G.-G., Absatz 4, als entlassen zu betrachten; das Lehrverhältnis gilt laut § 101 G.-G. als aufgelöst und der Lehrling geht seiner gesamten Lehrzeit verlustig und kann bei keinem anderen Genossenschaftsmitglied Aufnahme finden. Solche vorkommende Fälle sind unverzüglich der Genossenschaft zur Anzeige zu bringen zwecks Wahrung der Rechte.
3. Es ist unbedingte Pflicht eines jeden Mitgliedes, sich an den von der Genossen-

schaft einberufenen Versammlungen zu beteiligen. Unentschuldigter Abwesenheit von Mitgliedern wird mit einer Konventionalstrafe geahndet, deren Höhe von Fall zu Fall festgesetzt wird. Abwesende Mitglieder haben die Konsequenzen aus den Genossenschaftsbeschlüssen zu tragen und sich unbedingt denselben zu unterwerfen. Den in Streik getretenen Handschuhmachergehilfen ist die Ausfolgung eines Entlassungszugewinnes unbedingt zu verweigern, durch welche Maßnahme dem streikenden Arbeiter die Möglichkeit genommen ist, bei anderen Firmen außerhalb des Genossenschaftsbereichs Arbeit zu suchen.

Für die Genossenschaft:

Der Schriftführer: Rudolf Schütz m. p.  
Der Vorstand: Ferdinand Cella m. p.  
Vorliegende Abschrift stimmt mit dem Original vollkommen überein.  
Bürgermeisteramt Abergtham, 24. Juni 1924.  
Der Bürgermeister: St. S. Jentler m. p.  
(Stampsigle)

Wenn in irgend einem Orte die Vertrauensmänner sich bemühen, die unorganisierten Arbeiter aufzuklären und sie von der Notwendigkeit des Anschlusses an die Berufsorganisation zu überzeugen versuchen, dann schreibt man bei jeder Gelegenheit von dem unerhörten Terror der freien Gewerkschaften und bemüht jeden geringen Anlaß, um gegen solche, ihre Pflicht erfüllenden Arbeiter die Strafanzüge wegen Uebertretung des Terrorgesetzes zu erhalten. Wenn aber die Unternehmer vor den niederträchtigsten Mitteln und dem größten Terror nicht zurückschrecken, so ist dieses Vorgehen kein Terror, sondern nur eine Selbstverständlichkeit, weil es ja gegen die Arbeiter angewendet wird. Daß ein Teil der Mitglieder der genannten Genossenschaft mit dem Vorgehen der führenden Männer der Arbeitgeber nicht einverstanden ist, beweist schon das eine, daß gegen alle, die sich an den Versammlungen der Genossenschaft nicht beteiligen und den Beschlüssen nicht Rechnung tragen, mit Konventionalstrafe gedroht wird. Es scheint auch bei der Genossenschaft der Glacéhandschuhmacher und Lederarbeiter von Abergtham und Platten so zu sein, daß die großen und einflussreichen Mitglieder derselben durch Druck und Strafandrohung die übrigen Mitglieder zur Durchführung der gefassten Beschlüsse, auch wenn sie gegen die strafgesetzlichen Bestimmungen verstoßen, zwingen wollen. Wenn die Herren Arbeitgeber von Abergtham glauben, durch diese Art der Kampfführung den Streik der Arbeiter zu beeinflussen, so dürfen sie sich gründlich täuschen. Wenn die Arbeiterschaft sieht, mit welchen Mitteln die Unternehmer in diesem Kampfe gegen die Arbeiter vorgehen, so wird das dem letzten Arbeiter Anlaß zum Denken geben und die Kampfesstimmung der Arbeiter nur erhöhen. Daß sich die Arbeiter die Terrorisierung nicht gefallen lassen, ist selbstverständlich und ist auch von dem oben erwähnten Beschlusse der Genossenschaft die Staatsanwalt in Eger bereits verständigt worden, damit von dort aus gegen den Terror der Unternehmer eingeschritten wird. Bezeichnend in diesem Kampfe ist auch das eine, daß eine Anzahl Handschuhmacher in St. Joachimstal, welche bei dem Faktor Wendenkamp beschäftigt sind, trotz ihrer Versicherung, im Falle eines Streikes es als selbstverständlich zu erachten, keine Streikbrecherarbeit zu leisten, doch den streikenden Arbeitern dadurch in den Rücken gefallen sind, daß sie nebst der Quararbeit nach Prag auch Streikarbeit nach Abergtham leisten. Auf eine Intervention seitens der Streikleitung wurde offen erklärt, daß sie sich dem Streike nicht anschließen und weiterhin Streikarbeit verrichten werden. Es zeigt sich auch in diesem Kampfe, daß die nationalsozialistischen Falkenkreuzler, welche bei jeder Gelegenheit erklären, eine Arbeiterorganisation zu sein, nicht davor zurückschrecken, das Verwerflichste, was Arbeiter tun können — Streikbrecherarbeit — zu leisten. Ueber ihr Verhalten und ihre innere Beschaffenheit werden wir bei passender Gelegenheit noch ausführlich berichten.

**Von der Internationalen Arbeitskonferenz.** Zu den Mittwoch stattgefundenen zwei Sitzungen der internationalen Arbeitskonferenz wurden die Vollmachten des japanischen, tschechoslowakischen, südafrikanischen und italienischen Arbeiterdelegierten anerkannt. Mertens (Belgien) und Johaux (Frankreich) sprachen sich gegen die Anerkennung des italienischen Arbeiterdelegierten Rossini aus, worauf sich eine längere Diskussion entspann, doch wurde das Mandat Rossinis mit 55 gegen 32 Stimmen bei 38 Stimmenthaltungen für gültig erklärt. Hierauf behandelte die Konferenz den Punkt: Benußung der Freiheit der Arbeiter. — Die Internationale Arbeitskonferenz nahm Donnerstag mit 85 gegen 1 Stimme die internationale Konvention und die dazu gehörige Empfehlung über die Gleichbehandlung der ausländischen mit den einheimischen Arbeitern bei Arbeitsunfällen in erster Lesung an und beschloß nach längerer Debatte, die zweite Lesung der Vorlage auf das nächste Jahr zu verschieben. Jug. Laut, der Vertreter der schweizerischen Arbeitgeber stimmte als einziger Delegierter gegen das Abkommen. Hierauf nahm die Konferenz mit 73 gegen 17 Stimmen die Empfehlung über die Benußung der Freizeit der Arbeiter in erster Lesung an, und beschloß die zweite Lesung noch in dieser Session vorzunehmen.

Deutsche Gewerkschaften und Sachverständigenrat. Der Berliner „Vorwärts“ veröffentlicht eine Eingabe der freigewerkschaftlichen

Epithetorganisationen an die Reichsregierung über den Standpunkt der freien Gewerkschaften zum Sachverständigenrat. Die Reichsregierung wird darin gebeten, zunächst bald Log und Stunde zu einer Aussprache mit Vertretern der freigewerkschaftlichen Epithetverbände bestimmen zu wollen.

**Die russische Ernte.** Der Rat der Volkskommissäre der U.S.S.R. veröffentlicht folgende Mitteilung, welche die Unterschrift des Vorsitzenden Rykow trägt: Die trockene Witterung in einigen Gegenden der Republik rief bezüglich der bevorstehenden Ernte Besorgungen hervor. Die Regierung, welche sämtliche eingelangten Nachrichten über den Stand der Ernte sorgfältig prüfen ließ, kann folgende Uebersicht über den wahrscheinlichen Ertrag der neuen Ernte geben: Die gesamte Ernte des hauptsächlichsten Brotgetreides (Weizen und Korn) wird ungefähr 2786 Millionen Pud ergeben, d. h. annähernd soviel wie im vorigen Jahre. Im verfloßenen Jahre hatten bekanntlich die Regierung und das Land genügende Mengen Brotgetreide, nicht nur für die Versorgung der Bevölkerung und die Regulierung der Preise auf dem heimischen Markte, sondern auch für den Export ins Ausland, der 200 Millionen Pud betrug. Ähnlich wird dies auch im heurigen Jahre der Fall sein. Nichtbefriedigend ist die heurige Ernte in den Gouvernements Jarischi, Astrachan, in der deutschen Republik (autonomes Gebiet des Gebietes von Samara, Saratow und Woronesch. Infolge davon wurden von der Trockenheit und ihren Folgen ca. 5 1/2 Millionen Desjatinen der gesamten 77 Millionen Desjatinen betragenden Anbaufläche der U.S.S.R. betroffen. Die Regierung und das Land sind imstande, nicht nur einem Mangel an Brotgetreide in den von der Trockenheit betroffenen Gebieten zu begegnen, sondern auch das Saatgut für diese Gegenden im kommenden Jahre in vollem Umfange sicherzustellen. Zu diesem Zwecke hat die Regierung eine besondere Kommission unter dem Vorsitze Rykows selbst eingesetzt.

## Turnen und Sport.

### An die Arbeiterschaft!

Der Arbeiter-Turn- und Sportverband erläßt folgenden Aufruf:

Im „Vorwärts“ und der „Internationale“ vom Sonntag, den 28. Juni wird über die vom Bundesvorstand in der ordentlichen Sitzung vom 21. Juni beschlossene Erklärung in einer Weise geschrieben, die uns zu folgenden Feststellungen zwingt:

1. Die Bundesvorstandssitzung vom 21. Juni wurde nicht „in aller Stille“ abgehalten, sondern jedes Bundesvorstandsmitglied wie immer brieflich eingeladen.
2. Wurde in der erweiterten Bundesvorstandssitzung von vielen Rednern die Feststellung der Stärke der Vertretung der R. S. J. und der russischen Sportler gefordert, was auch Kreisobmann Seifert bestätigte.
3. Ist deshalb der Beschluß keine Fälschung, sondern ein vollkommen rechtmäßiger Beschluß im Sinne der erweiterten Sitzung.
4. Ist die Umstellung der Einladungsfolge keineswegs eine „Beleidigung“ der Russen, wie in der ersten nicht vom Bundesvorstand beschlossenen Erklärung keine Beleidigung unserer Internationale vorlag.
5. Stellen wir fest, daß die kommunistischen Kreisvertreter schon während der erweiterten Bundesvorstandssitzung mit offiziellen kommunistischen Parteistellen Beratungen hatten, während wir dies unterließen.
6. Die Erklärung des vierten Kreises zu dem Bundesturnfest erfolgte in der erweiterten Sitzung.
7. Wird der Bundesvorstand keineswegs dulden, daß das Bundesturnfest zu politischer Agitation ausgenutzt wird; die politischen Parteien mögen ihre Agitation wo anders betreiben.
8. Wird der Beschluß der Sitzung vom 21. Juni durchgeführt.

Der Bundesvorstand enthält sich im Interesse der gewaltigen Festarbeit jeder weiteren Polemik zu den von politischen Roskosen diktierten Angriffen, die ihn in den Augen der Turner herabsinken versuchen.

Der Bundesturntag ist unser höchstes Forum, dort werden wir Rede und Antwort stehen! Die Bundesmitglieder werden entscheiden, nicht aber die Stellen, die den Bundesvorstand in bestimmter Absicht seine Stellung erschweren. Wir werden vorher auf keinerlei Angriffe, mögen sie noch so gefällig sein, nicht antworten.

Arbeiter — Turner, seid alle auf unserem Fest herzlich willkommen, die ihr dies Fest als eine Manifestation proletarischer Kultur betrachtet!

Frei Heil!

5. Kreis des Arbeiter-Turn- und Sportverbandes. Die Bezirksverwaltung haben sofort für jeden Bezirk die fünf besten Käufer an den Kreisturntag zu melden. (Zur 3000-Meter-Staffette am Bundesturnfest.) Name, Geburtsjahr, Verein, Bezirk des Käufers muß angegeben sein. Meldefrist 10. Juli.

Die Wiener Amateure gewinnen die Meisterschaft. Mittwoch verlor die Vienna mit 3:1 das Meisterschaftsspiel gegen Wacker. Durch diese Niederlage sind die Amateure Meisterschaftstieger 1923/24, selbst wenn sie das letzte Spiel gegen WAC. verlieren sollten. — WAC. gewann sein

letztes Meisterschaftsspiel gegen die Straßenbahner mit 5:0 und steigt in die erste Klasse auf, da er um einen Punkt mehr verzeichnet, als der WAC.

**Beichtafel.** (Neuer Hochsprung-Weltrekord: 2,038 Meter.) Wie erst jetzt offiziell bestätigt wird, erreichte G. M. Osborne am 27. Mai in Urbana bei Chicago im Hochsprung die unglückliche Höhe von 2,038 Meter, womit er den seit 1914 bestehenden Weltrekord Becons (2,014) verbesserte. Die amerikanische A.M.U. wird die Anerkennung dieser Leistung beantragen.

## Kunst und Wissen.

### Festaufführung des „Ring des Nibelungen.“

„Der Ring des Nibelungen“, dessen Neuaufgänger und Neuausstattung durch Oberregisseur Prof. Dr. Ludwig Pösch und Ausstattungsdirektor Ernst Birkan der Berliner Staatstheater morgen Samstag mit der Aufführung der „Götterdämmerung“ abgeschlossen wird, gelangt in dieser seiner Neuausstattung im Laufe der nächsten Woche als Festspiel zur Aufführung, und zwar Mittwoch, den 9. Juli „Das Rheingold“, Donnerstag, den 10. Juli „Die Walküre“, Sonntag, den 13. Juli „Siegfried“ und Mittwoch, den 16. Juli „Götterdämmerung“. Für den Zyklus wird ein Sonder-Abonnement zu besonders ermäßigten Preisen aufgelegt. Der Abonnementpreis für die vier Aufführungen wird für Logen 240 bis 400 K., für Parterresitze 120 K., für Gallerie-Sitze 70—100 K., für Balkonplätze 68—100 K. und für Gallerieplätze 36—60 K. betragen. Jahresabonnenten steht das Recht zu, ein Sonder-Abonnement bloß für jene drei Vorstellungen zu lösen, die nicht auf ihre Serie entfallen. Der Preis hierfür beträgt nur zwei Viertel der vorstehenden Beträge. Die Ausgabe der Sonder-Abonnements erfolgt ab heute Freitag an der Tageskasse des Neuen Deutschen Theaters. Karten für die einzelnen Vorstellungen (Opernpresse) ab Montag.

### „Das Dreimäderlhaus.“

Unter den zur Mode gewordenen „Kompositionen“ Operetten, die berühmte Lieddichter im Schilde führen, ist das Singpiel „Das Dreimäderlhaus“. Die Aufführung des „Dreimäderlhauses“ am Mittwoch diente in erster Linie dem Gastspiele des einstigen Prager Hans- und Hofkomikers Siegfried Hofzer, der „seinen“ Pragern bisher jedes Jahr einen Gastspielbesuch abgestattet hat. Hofzer ist unverändert geblieben, wie wir ihn vor seiner Prager Tätigkeit kennen; er ist das Muster und der Meister des dicken Humors, urwüchsigen Witzes und natürlicher Schauspielkunst, für die er auch diesmal den verdienten Beifall des vollbesetzten Hauses erntete. Der zweite Gast des Abends, ein Fr. Paula Renari, offenbarte schönes Spiel- und Sprechtalent, das auf größere Rollen neugierig machte. Ueber die sonstige Besetzung der gut gespielten Operette ist nicht viel zu sagen. Frau Sillosh empfiehlt wir eine weniger geräuschvolle Atemführung und Herrn Kapellmeister Waigand raten wir davon ab, die Sentimentalität einzelner Szenen auch auf die untertänigsten Russen- und Gesangsstücke zu übertragen. — f.

Ungarisch Shows Märchenoper „Kudjuskas und der Löwe“ wird als nächste Schauspielnovität am Samstag, den 12. Juli im Neuen Theater gegeben werden.

**Spielplan des Neuen Theaters.** Heute Freitag „Die Wilderente“; Samstag „Götterdämmerung“; Sonntag nachmittags „Madame Butterfly“, abends „Madame Pompadour“.

**Spielplan der Alvinen Bühne.** Heute Freitag „Der Mustergatte“; Samstag abends und Sonntag nachmittags „Dr. Stieglitz“; Sonntag abends „Der Bauwau“.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak.  
Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Niehner.  
Druck: Deutsche Zeitungs-L.G. Prag.  
Für den Druck verantwortlich: O. Solik

## Wo verkehren wir?

Café Continental, Prag-Graben  
Goldenes Arenal, Prag-Nezajanka.  
Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus  
Prag, Smetky 22 (Urania). 1000

Gastwirtschaft „Lidovj dum“  
der Genossenschaft „Ganymed“  
Tägliche PRAG II., Hybernaká Nr. 1.

Café „Nizza“  
Kgl. Weinberg, Jungmannstraße 27.  
Unser Stammlokal.

Deutscher Theatergarten  
täglich Militär-Konzert.  
7.50 Abonnement 7.—